



Willkommenskultur im „Stresstest“

Einstellungen in der Bevölkerung 2017
und Entwicklungen und Trends seit 2011/12

Willkommenskultur im „Stresstest“

Einstellungen in der Bevölkerung 2017
und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (Kantar Emnid)

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die weibliche Sprachform verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

Kontakt

Ulrich Kober
Director
Programm Integration und Bildung
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81598
Fax 05241 81-681598
ulrich.kober@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

© Bertelsmann Stiftung, April 2017

Titelbild: Valeska Achenbach

Inhalt

Willkommenskultur in Zeiten von Rekordzuwanderung	4
Ergebnisse im Überblick: Stresstest bestanden, aber Skepsis gegenüber Einwanderung wächst	6
1 Willkommenskultur erweist sich als robust, aber Ost und West driften weiter auseinander	8
1.1 Willkommenskultur ist weiter ausgeprägt.....	8
1.2 Regionale Unterschiede: Ost und West driften weiter auseinander	10
2 Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge sinkt im ganzen Land ..	11
2.1 Erschöpfungssignale? Fairness in Europa gewünscht!.....	11
2.2 Regionale Unterschiede: West und Ost gleichen sich an.....	14
3 Flüchtlingsthema drängt Vorteile von Einwanderung in den Hintergrund	15
3.1 Wahrnehmung von Vorteilen wird schwächer – Ausnahme: Demographie	15
3.2 Wahrnehmung von Nachteilen wird stärker	16
3.3 Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen.....	17
4 Fachkräftemigration bleibt ein Thema.....	19
4.1 Ein Drittel hält Einwanderung von Fachkräften weiterhin für nötig	20
4.2 Was Deutschland für Fachkräfte attraktiv macht.....	21
5 Einwanderungsgesellschaft ist Normalität	23
5.1 Vielfalt ist ein Gewinn – vor allem aus der Sicht der Jugend.....	23
5.2 Als Deutscher gilt, wer im Land geboren ist.....	24
6 „Reife“ Einwanderungsgesellschaft: Integration ist keine Einbahnstraße.....	25
6.1 Einwanderer in der Pflicht: Integration als individuelle Anstrengung	26
6.2 Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht: systemische Hindernisse für Integration.....	28
7 Ausblick: Was zu tun ist, damit Deutschland eine offene Gesellschaft bleibt.....	31
Hintergrund: Studiendesign der Umfrage „Willkommenskultur im Stresstest“ des Instituts Kantar Emnid, Bielefeld.....	34

Willkommenskultur in Zeiten von Rekordzuwanderung

Ulrich Kober

Als im September 2015 Tausende Flüchtlinge täglich die Grenzen von Österreich nach Deutschland passierten und in den Aufnahmeeinrichtungen und Bahnhöfen großer Städte von vielen Bürgern freundlich begrüßt wurden, da staunte die Welt. Man rieb sich die Augen und erkannte die Deutschen, die sich mit Einwanderung in den letzten Jahrzehnten schwer getan hatten, nicht wieder. Der britische Guardian fragte sich sogar, ob das deutsche Wort „Willkommenskultur“ in den internationalen Sprachschatz wie „Kindergarten“ oder „Rucksack“ aufgenommen werden müsste. Zumindest im nationalen Sprachgebrauch ist der Begriff mittlerweile fest verankert. Der Begriff wurde seit den 2010er Jahren in einer Fachöffentlichkeit im Kontext der Fachkräftezuwanderung verwendet und bezeichnete hier die Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte. Im Kontext der Fluchtmigration nach rund zwei Jahren intensiver öffentlicher Debatte in 2015 und 2016 ist „Willkommenskultur“ kein Fachbegriff der Integrationsexperten mehr, sondern drei von vier in Deutschland lebenden Personen haben davon bereits gehört und für die meisten steht der Begriff für eine zugewandte Haltung fremden Menschen gegenüber, wird aber aktuell meist mit der Flüchtlingsfrage verknüpft. „Refugees welcome“ war als Plakat, z.B. von Fußballfans im Dortmunder Stadion, oder als in den Social Media verwendeter Hashtag Ausdruck dieser neuen semantischen Prägung des Begriffs „Willkommenskultur“ durch den starken Zuzug von Flüchtlingen.

Der Herbst 2015 war für Flüchtlinge und die Bevölkerung in Deutschland tatsächlich eine außergewöhnliche Erfahrung: Für manche eine Sternstunde der Humanität im deutschen Gewand, für viele Bürger eine Gelegenheit, sich für Flüchtlinge zu engagieren, aber für manche auch ein Kontrollverlust an den Grenzen und in den Behörden, für einige Anlass zu ausländerfeindlichen Demonstrationen und für wenige Rechtsextremisten der Vorwand für gewaltsame Übergriffe. Die Jahre 2015 und 2016 gehen auf jeden Fall in die jüngere deutsche Geschichte als Zeiten der Rekordzuwanderung ein: Über eine Million Menschen sind als Flüchtlinge gekommen, weitere Hunderttausende im Rahmen der EU-Binnenmobilität und einige Zehntausende als Fachkräfte aus Drittstaaten. Wenn auch viele Einwanderer das Land mittlerweile wieder verlassen haben, so waren die Migrationssalden noch nie so hoch wie für die Jahre 2015 und 2016. Die im Land seit einigen Jahren im Entstehen begriffene Willkommenskultur musste deshalb ihre erste große Bewährungsprobe bestehen. Ob und wie das gelungen ist, darauf gibt die vorliegende Studie Hinweise auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Diese wurde Anfang 2017 erhoben und ermöglicht Aussagen über Entwicklungen und Trends durch einen Vergleich mit entsprechenden Befragungen zur Willkommenskultur von 2015 und 2012 sowie einer Befragung zum Umgang mit Vielfalt aus dem Jahre 2011.

Im Zentrum der Studie und der Befragungen im Blick auf die Willkommenskultur stehen die Wahrnehmungen, nicht die Haltungen der Befragten. Die Interviewpartner werden also nicht direkt danach gefragt, ob sie selbst Einwanderer und Flüchtlinge willkommen heißen. Vielmehr wird danach gefragt, wie sie die entsprechenden Haltungen in der Bevölkerung vor Ort bzw. bei den staatlichen Stellen in den Kommunen wahrnehmen. Dieser indirekte Zugang zur Einschätzung der Willkommenskultur verringert einerseits die „soziale Erwünschtheit“ der Antworten: Denn die Befragten können in ihren Antworten auch negative Wahrnehmungen zum Ausdruck bringen, ohne dafür normativ haftbar gemacht zu werden. Andererseits erhöht sich die „Reichweite“ der Antworten, weil die Befragten nicht von sich persönlich ausgehen, sondern von den Akteuren in ihrem Umfeld.

Insgesamt zeichnet die Studie ein ambivalentes Bild. Auf der einen Seite erweist sich – im Blick auf die Wahrnehmungen der Befragten – die Willkommenskultur in Behörden und der Bevölkerung über die letzten fünf Jahre als erstaunlich robust trotz der hohen Zuwanderung, des Erstarkens einer migrationskritischen Partei und islamistisch als auch rechtsextrem motivierter Gewaltakte in Deutschland. Auf der anderen Seite wird – im Blick auf die persönlichen Einstellungen – Zuwanderung heute deutlich kritischer gesehen als noch vor zwei oder fünf Jahren. Das ist angesichts der zurzeit dominierenden Fluchtmigration nicht verwunderlich, ist aber mittelfristig für den sozialen Zusammenhalt im Land problematisch. Denn wenn sich der Eindruck verfestigt, Migration sei für das Land mit gravierenden Nachteilen verbunden, dann wird voraussichtlich auch das Klima zwischen Einwanderern und Einheimischen schlechter werden. Allerdings zeigt sich Deutschland gegenwärtig – bei aller gestiegenen Skepsis – auch Anfang 2017 mehrheitlich als eine Gesellschaft, die für kulturelle Vielfalt offen ist, die Integration von Einwanderern und Flüchtlingen sowohl einfordert als auch fördern will und sich weiter als Einwanderungsgesellschaft begreift.

Dabei weiß die Bevölkerung zu unterscheiden zwischen Einwanderern, die als Fachkräfte Deutschland nützen, und Asylsuchenden, die Deutschland als Zufluchtsort brauchen. Zwar zeigen sich im Blick auf die Aufnahme von Geflüchteten „Erschöpfungssignale“. Dahinter steht aber vor allem auch der Wunsch, dass andere Länder in der Europäischen Union ebenfalls ihren angemessenen Beitrag zur Solidarität mit Menschen in Not leisten. Bemerkenswert ist auch die weiter hohe Bereitschaft, die Geflüchteten nicht nur als „Gäste auf Zeit“ zu betrachten, sondern sie in die Gesellschaft aufzunehmen und zu integrieren.

Selbst wenn also die deutsche Willkommenskultur heute nicht mehr ganz so hell strahlt wie noch im Herbst 2015, so sind die Beobachter im Ausland immer noch erstaunt, dass Deutschland heute zu den wenigen Ländern weltweit gehört, die nicht auf zunehmende Abschottung setzen, sondern offen bleiben für Menschen aus dem Ausland – entweder um ihnen Schutz zu gewähren, weil sie verfolgt sind, oder ihnen im wohlverstandenen Eigeninteresse die Möglichkeit zu geben, in Deutschland zu studieren oder als Arbeitskräfte zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen. Migration ist für Deutschland nach wie vor eine Chance, denn das Land würde ohne Zuwanderung perspektivisch aufgrund des demographischen Wandels nicht zukunftsfähig bleiben. Diese Chance kann genutzt werden, wenn Migration gut und fair gestaltet wird und in Integration investiert wird, so dass sie für alle Beteiligten mittel- und langfristig zu einem Gewinn wird.

Ergebnisse im Überblick: Stresstest bestanden, aber Skepsis gegenüber Einwanderung wächst

Die Willkommenskultur in Deutschland hat ihren ersten großen Stresstest bestanden, aber Einwanderung wird heute kritischer gesehen als in den Befragungen der Jahre 2012 und 2015. Zwar präsentiert sich Deutschland trotz des starken Zuzugs von Asylsuchenden in den beiden vergangenen Jahren als offene und gereifte Einwanderungsgesellschaft, aber die Skepsis gegenüber Einwanderung hat zugenommen.

Willkommenskultur erweist sich als robust, Ost und West driften aber weiter auseinander

Eine deutliche Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass sowohl staatliche Stellen ihrer Kommune (77 Prozent) als auch die Bevölkerung vor Ort (70 Prozent) Einwanderer willkommen heißen, die in Deutschland arbeiten oder studieren wollen. Diese Wahrnehmung ist im Vergleich zu ähnlichen Umfragen seit 2011 kontinuierlich gestiegen. Es verfestigt sich somit der Eindruck, Deutschland öffne sich stärker für Einwanderung. Auch gegenüber Flüchtlingen ist die wahrgenommene Willkommenskultur ausgeprägt. Allerdings wird sie im Blick auf Behörden deutlich positiver wahrgenommen (73 Prozent) als in Bezug zur Bevölkerung (59 Prozent). Die Willkommenskultur in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen wird mit einem Unterschied von 11 Prozentpunkten als weniger ausgeprägt wahrgenommen als die gegenüber Einwanderern. Für eine zügige Arbeitserlaubnis (88 Prozent) und erfolgreiche Integration (77 Prozent) von Flüchtlingen spricht sich eine konstant große Mehrheit aus. Der Anteil der Befragten, der Flüchtlinge als „Gäste auf Zeit“ sieht, die nicht integriert werden müssen, bleibt nahezu unverändert niedrig (23 Prozent).

Im Ost-West-Vergleich zeigen sich allerdings beachtliche Unterschiede. Schon vor zwei Jahren war auffällig, dass in den ostdeutschen Bundesländern entgegen dem Bundestrend die Skepsis gegenüber Einwanderung zugenommen hatte. Dieses Auseinanderdriften hat sich verschärft. Während im Osten mit 53 Prozent (West: 74 Prozent) immerhin noch eine knappe Mehrheit sagt, die Bevölkerung heiße Einwanderer willkommen, zeigt sich Deutschland in der Flüchtlingsfrage gespalten: Im Osten meinen nur noch 33 Prozent, die Bevölkerung heiße Flüchtlinge willkommen. Davon hingegen sind im Westen doppelt so viele Bürger (65 Prozent) überzeugt.

Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge sinkt im ganzen Land

Bundesweit gedreht hat sich die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Eine knappe Mehrheit der Befragten (54 Prozent) sieht Deutschland an seiner Belastungsgrenze angekommen. Vor zwei Jahren teilten diese Auffassung nur 40 Prozent. Der Meinungsumschwung in dieser Frage erfolgte vor allem im Westen, so dass heute die Befragten in den alten Bundesländern wie die Befragten in den neuen Bundesländern mehrheitlich skeptisch gegenüber der Aufnahme weiterer Flüchtlinge sind.

Dafür steigt die Zustimmung (von 76 auf 81 Prozent) zu dem bislang nicht umgesetzten Vorschlag der EU-Kommission, dass jedes EU-Land, abhängig von Größe und Wirtschaftskraft, eine feste Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen sollte. Eine überwältigende Mehrheit im Land ist also der Auffassung, dass jetzt nach Deutschland andere Länder in Europa an der Reihe sind, ihren Teil zur Lösung der Flüchtlingsfrage beizutragen.

Flüchtlingsthema drängt Vorteile von Einwanderung in den Hintergrund

Das Flüchtlingsthema hat starke Auswirkungen auf die generelle Wahrnehmung von Einwanderung in der Bevölkerung. Die Befragten schreiben der Zuwanderung nicht mehr so häufig positive Effekte zu wie noch in den Umfragen von 2015 und 2012. Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung (34 Prozent), Ausgleich des Fachkräftemangels (41 Prozent), Bedeutung für Ansiedlung internationaler Firmen (56 Prozent) – überall gehen im Vergleich zu 2012 die Zustimmungswerte um mehr als zehn Prozentpunkte zurück. Ähnlich stark steigen hingegen im Fünfjahresvergleich die Zustimmungswerte zu negativen Auswirkungen wie Belastung für den Sozialstaat (79 Prozent), Konfliktpotenzial (72 Prozent), Probleme in den Schulen (68 Prozent) und Verschärfung der Wohnungsnot (65 Prozent).

Allerdings sieht eine wachsende Mehrheit die Bedeutung von Zuwanderung für die Alterung der Gesellschaft (64 Prozent aktuell gegenüber 60 Prozent 2015). Und nach wie vor gilt für jeden Dritten das Anwerben qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland als wichtigstes Mittel, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Einwanderungsgesellschaft ist die neue Normalität – vor allem für die Jugend

Kulturelle Vielfalt wird weiterhin von über 70 Prozent der Befragten als Bereicherung (72 Prozent im Jahr 2017 gegenüber 78 Prozent im Jahr 2011) empfunden und für die meisten gilt als Deutscher, wer im Land geboren ist (68 Prozent in 2017, 73 Prozent in 2011). Diese relativ stabilen Werte zeigen, dass die Einwanderungsgesellschaft als etwas Normales angesehen wird, vor allem von der jüngeren Generation (14- bis 29-Jährige). An Migranten werden hohe Integrationsanforderungen gestellt (z.B. meinen 97 Prozent, Zuwanderer sollten sich um ein gutes Zusammenleben mit Deutschen bemühen, um in Deutschland willkommen zu sein). Aber auch die Hürden für Integration in der Gesellschaft werden deutlich wahrgenommen (z.B. sehen 59 Prozent in 2017 Diskriminierung als Hindernis gegenüber 56 Prozent in 2011) – ebenso wie Defizite bei der Repräsentanz von Migranten in der Gesellschaft (z.B. nur ein Drittel sieht Migranten in der Polizei angemessen vertreten und nur 30 Prozent in den Schulen als Lehrkräfte, wobei es leichte Verbesserungen gegenüber 2011 gibt). Das lässt auf die „Reife“ einer Einwanderungsgesellschaft schließen, die Einwanderer wie Einheimische als aktive Mitglieder der Gesellschaft sieht und deshalb einerseits Integrationsanstrengungen seitens der Neuankömmlinge einfordert, andererseits aber auch Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund fördert und ermöglicht. Integration wird in einer solchen „reifen“ Einwanderungsgesellschaft als ein dynamischer Prozess gesehen, der in beide Richtungen geht und ein gegenseitiges Entgegenkommen der Einwanderer und der Einheimischen vorsieht.

1 Willkommenskultur erweist sich als robust, aber Ost und West driften weiter auseinander

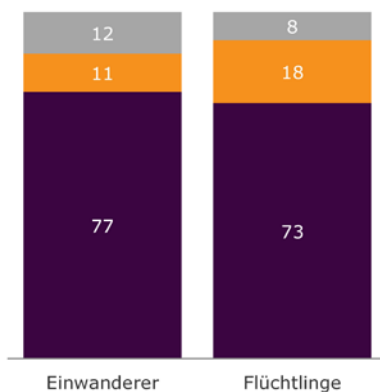
1.1 Willkommenskultur ist weiter ausgeprägt

Die Befragten wurden gebeten zu beurteilen, inwiefern nach Deutschland kommende Menschen willkommen sind oder nicht – jeweils differenziert nach ihrer Einschätzung zur Reaktion staatlicher Stellen in den Kommunen sowie zur Haltung der Bevölkerung vor Ort selbst.

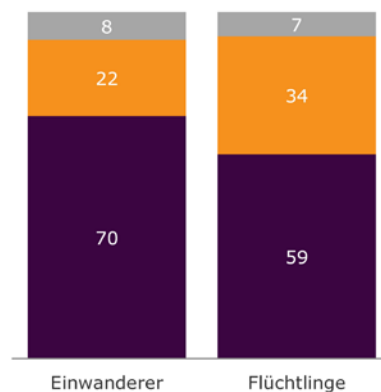
Diese Frage war im Grundsatz bereits in den bisherigen Untersuchungen zur Willkommenskultur 2012 und 2015 gestellt. Anders als zuvor wurde aber aktuell aufgrund der starken Fluchtmigration in den Jahren 2015 und 2016 in der Fragestellung explizit zwischen Einwanderern und Flüchtlingen unterschieden. Zunächst wurde nach der Stimmung gegenüber „*Einwanderern, die in Deutschland arbeiten oder studieren wollen*“ und anschließend gegenüber „*Flüchtlingen*“ gefragt. Damit sind die Ergebnisse nicht direkt mit denen der Vorjahre vergleichbar, es lassen sich aber indirekt Rückschlüsse auf Veränderungen der Stimmungen im Zeitverlauf ziehen.

Willkommenskultur gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen

Willkommenskultur **staatlicher Stellen der Kommunen**



Willkommenskultur in der **Bevölkerung vor Ort**



- „sehr“ + „eher willkommen“
- „sehr“ + „eher unwillkommen“
- weiß nicht, keine Angabe

Angaben in Prozent

Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, ... / Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, ...

... wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen?

Basis: 2.014 Befragte

Willkommenskultur der staatlichen Stellen in den Kommunen: Eine deutliche Mehrheit, nämlich rund drei Viertel der Befragten, ist der Ansicht, dass Einwanderer und Flüchtlinge von den staatlichen Stellen in Deutschland willkommen geheißen werden: im Blick auf die Einwanderer, die zur Arbeit oder zum Studium kommen, sind 77 Prozent dieser Ansicht, im Blick auf Flüchtlinge sind es 73 Prozent.

Die wahrgenommene Willkommenskultur staatlicher Stellen gegenüber Einwanderern ist im Vergleich zu den Umfragen der Jahre 2012 und 2015 kontinuierlich gestiegen: 2012 meinten 64 Prozent, staatliche Stellen hießen Einwanderer willkommen, 2015 meinten das 73 Prozent. Damit verfestigt sich der Eindruck, dass kommunale Behörden in Deutschland stärker auf Einwanderer und ihre Bedürfnisse eingehen. In den Umfragen der Jahre 2012 und 2015 wurde nicht explizit nach Flüchtlingen gefragt wie in der aktuellen Befragung von 2017. Im Blick auf die staatlichen Stellen ist aber in der aktuellen Umfrage von 2017 in der Wahrnehmung der Befragten kein großer Unterschied in den Haltungen gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen auszumachen.

Willkommenskultur in der Bevölkerung: Das Bild ändert sich, wenn nach der Willkommenskultur in der Bevölkerung gefragt wird. Die wahrgenommene Willkommenskultur in der Bevölkerung gegenüber Einwanderern ist zwar mit 70 Prozent ebenfalls stark ausgeprägt, liegt aber um 7 Prozentpunkte unter derjenigen für staatliche Stellen. Noch größer wird der Unterschied im Blick auf Flüchtlinge. Zwar ist auch hier mit 59 Prozent eine Mehrheit der Ansicht, diese seien in der Bevölkerung willkommen. Allerdings liegt dieser Wert um 14 Prozentpunkte unter dem Wert für die positive Haltung der Behörden gegenüber Flüchtlingen.

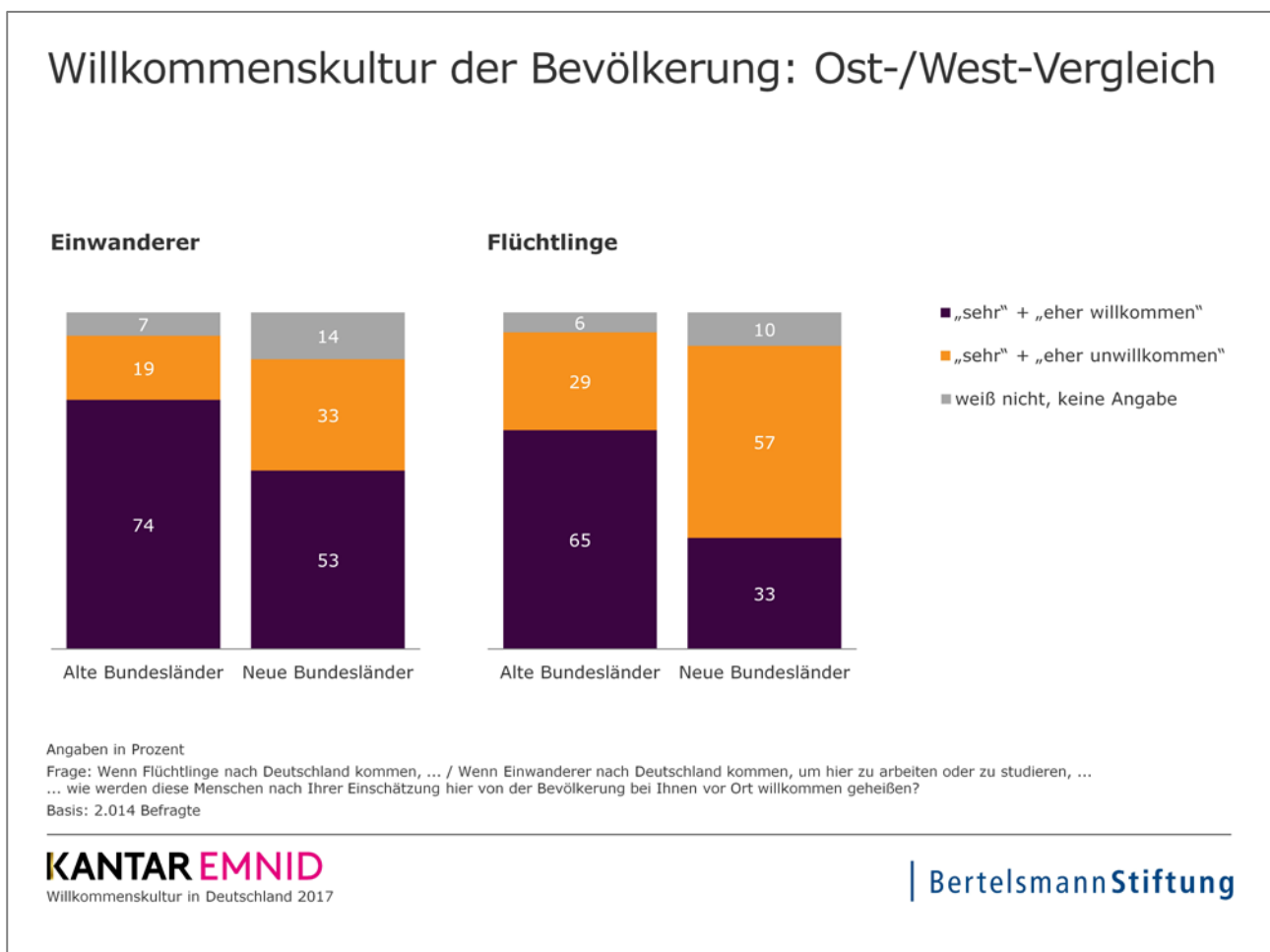
Schaut man auf die Entwicklungen der letzten Jahre, zeigt sich, dass im Vergleich zu den Umfragen der Jahre 2012 und 2015 der Wert für die wahrgenommene Willkommenskultur in der Bevölkerung vor Ort gegenüber Einwanderern im Bundesdurchschnitt deutlich gestiegen ist: 2012 waren 49 Prozent der Ansicht, Einwanderer seien bei der Bevölkerung vor Ort willkommen, 2015 waren es mit 59 Prozent der Befragten 10 Prozentpunkte mehr und 2017 gab es noch einmal einen Anstieg um 11 Prozentpunkte im Blick auf Einwanderer, die hier arbeiten und studieren wollen. Keine Aussage kann über Veränderungen im Blick auf Flüchtlinge getroffen werden, da 2012 und 2015 nach ihnen nicht explizit gefragt wurde. Insgesamt erweist sich damit die wahrgenommene Willkommenskultur gegenüber Einwanderern trotz der Rekordzuwanderung der Jahre 2015 und 2016 insgesamt als erstaunlich robust.

Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen: Werden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen differenziert betrachtet, ist auffällig, dass Geschlechts-, Alters-, Bildungs- und Einkommensunterschiede keine große Rolle spielen, was die Einschätzungen zur Willkommenskultur angeht. Der steigende Bildungsgrad geht zwar einher mit positiveren Einschätzungen: 75 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss gegenüber 66 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss sind der Ansicht, Einwanderer seien in der Bevölkerung vor Ort willkommen, während 64 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss im Vergleich zu 57 Prozent mit Volks- oder Hauptschulabschluss glauben, Flüchtlinge seien in der Bevölkerung vor Ort willkommen. Auch bei der Wahrnehmung der Willkommenskultur staatlicher Stellen unterscheiden sich die Befragten mit höherer Bildung von denen mit niedrigerer Bildung auf insgesamt höherem Niveau um 8 bis 9 Prozentpunkte (83 Prozent gegenüber 75 Prozent bei Einwanderern, 79 Prozent gegenüber 70 Prozent bei Flüchtlingen). Außerdem schätzen junge Befragte unter 30 Jahren die Willkommenskultur staatlicher Stellen etwas kritischer ein als ältere Befragte (gegenüber Einwanderern 6

Prozentpunkte Differenz, gegenüber Flüchtlingen 11 Prozentpunkte Differenz). Aber ein wirklicher Unterschied findet sich nur im Vergleich der Wohnregionen.

1.2 Regionale Unterschiede: Ost und West driften weiter auseinander

Schon vor zwei Jahren hatte sich gezeigt, dass in den ostdeutschen Bundesländern entgegen dem Bundestrend die Willkommenskultur gegenüber Einwanderern in der Bevölkerung vor Ort negativer gesehen wird. Waren 2012 noch zwei Prozent mehr ostdeutsche als westdeutsche Befragte der Ansicht, Einwanderer seien bei der Bevölkerung vor Ort willkommen, waren es 2015 19 Prozent weniger ostdeutsche als westdeutsche Befragte. Dieser Abstand scheint in der Umfrage von 2017 bei aller Einschränkung der Möglichkeit eines direkten Zeitvergleichs noch etwas weiter angewachsen zu sein und beträgt jetzt 21 Prozent.



Bemerkenswert ist, dass trotz des stark ausgeprägten Unterschieds zum Westen im Blick auf die Willkommenskultur vor Ort auch im Osten noch eine knappe Mehrheit der Ansicht ist, Einwanderer seien vor Ort in der Bevölkerung willkommen (53 Prozent). Detailliertere Regionalanalysen lassen die geringen Fallzahlen für Berlin (84 Befragte) und die östlichen Bundesländer (158 Befragte in Thüringen/Sachsen und 160 Befragte in Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Sachsen-Anhalt) nur in eingeschränktem Maß zu. Mit dieser Einschränkung lässt sich feststellen, dass die wahrgenommene Stimmung gegenüber Einwanderern in Berlin derjenigen in den westlichen Bundesländern ähnelt. Anders ist das Bild in den ostdeutschen Flächenländern. Hier zeigen die nordöstlichen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt wahrgenommene positive

Stimmungswerte von 50 Prozent und die südöstlichen Länder Sachsen und Thüringen Werte von 52 Prozent. In allen anderen Bundesländern liegen die Werte mindestens 20 Prozentpunkte darüber (Höchstwert 77 Prozent in Baden-Württemberg).

Noch deutlicher sind die regionalen Unterschiede in der Flüchtlingsfrage: Im Osten meinen nur noch 33 Prozent, die Bevölkerung nehme Flüchtlinge offen auf. Davon hingegen sind im Westen doppelt so viele Bürger (65 Prozent) überzeugt. Am positivsten ist die Stimmung in Baden-Württemberg, wo die Aufgeschlossenheit gegenüber Flüchtlingen mit 71 Prozent kaum weniger groß ist als gegenüber Einwanderern (77 Prozent). Am negativsten ist die Wahrnehmung in den ostdeutschen Flächenländern (29 Prozent der Befragten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt und 30 Prozent der Befragten in Sachsen und Thüringen).

Das Bild ändert sich wieder im Blick auf die Willkommenskultur kommunaler Behörden gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen. Hier herrscht in Deutschland mehr Einigkeit. Bundesweit geben, wie oben im Abschnitt 1.1. erwähnt, 77 Prozent der Befragten an, dass die Kommunen Einwanderer willkommen heißen, und 73 Prozent, dass dies für Flüchtlinge zutrifft. Hier fällt das Ost-West-Gefälle nicht annähernd so stark aus wie bei der Haltung der örtlichen Bevölkerung: In den neuen Ländern haben 72 Prozent den Eindruck, dass staatliche Stellen vor Ort Einwanderern gegenüber aufgeschlossen sind, in den alten 78 Prozent. In Bezug auf Flüchtlinge fällt der Abstand mit 67 zu 74 Prozent etwas, aber nicht bedeutend größer aus. Wieder sticht Baden-Württemberg mit besonders ausgeprägter wahrgenommener Offenheit hervor, während die ostdeutschen Flächenländer den Kontrapunkt darstellen.

Es gibt also nicht nur einen ausgeprägten Wahrnehmungsunterschied zwischen Ost und West im Blick auf die Willkommenskultur der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen, sondern auch innerhalb des Ostens im Blick auf die wahrgenommenen Haltungen zwischen staatlichen Stellen und der Bevölkerung vor Ort.

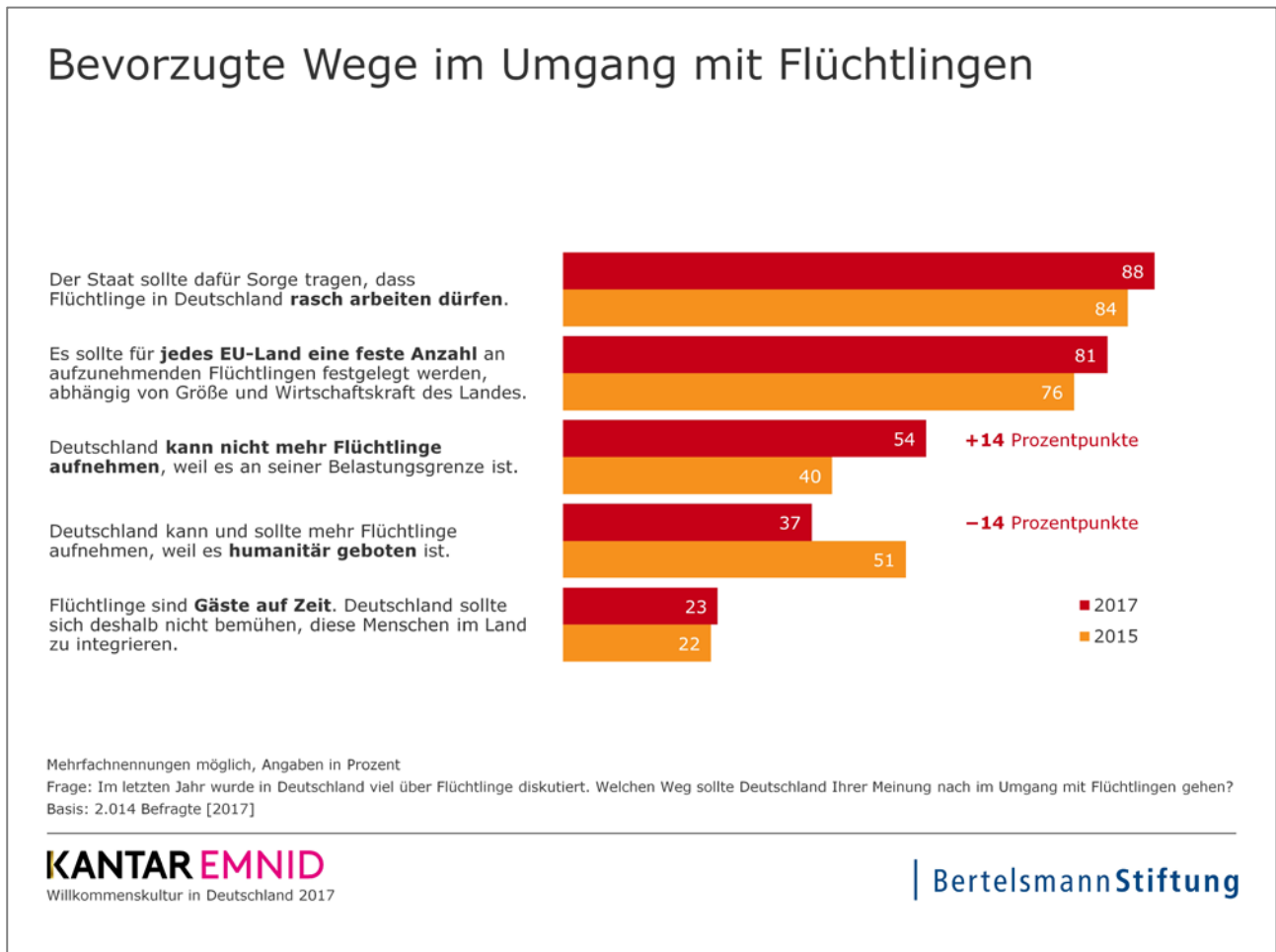
2 Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge sinkt im ganzen Land

Wie bei der letzten Untersuchung 2015 wurden die Befragten auch diesmal gebeten anzugeben, welchen der fünf vorgestellten Aussagen zum möglichen Umgang mit Flüchtlingen sie zustimmen, nämlich zwei Aussagen zu ihrer weiteren Aufnahme, eine zu ihrer möglichen Verteilung in der EU und zwei zu ihrer Integration. Da die letzte Befragung zur Willkommenskultur noch vor dem Höhepunkt der „Fluchtkrise“ durchgeführt wurde, wird deutlich, wie der starke Zuzug von Asylsuchenden die letzten Jahre das Stimmungsbild im Land verändert hat.

2.1 Erschöpfungssignale? Fairness in Europa gewünscht!

Stark verändert hat sich in der Bevölkerung die Stimmung im Blick auf die weitere Aufnahme von Asylsuchenden hinsichtlich der Frage, ob nämlich Belastungsgrenzen erreicht seien oder ob die Aufnahme weiterer Personen humanitär geboten sei. Während das Stimmungsverhältnis der beiden Forderungen vor zwei Jahren mit 51 zu 40 Prozent noch zu Gunsten größerer Offenheit ausfiel, hat es sich in der Zwischenzeit gedreht. Heute sehen mit 54 Prozent eine Mehrheit der Deutschen die

Belastungsgrenze erreicht, während nicht einmal mehr zwei von fünf aus humanitären Gründen für eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen sind.



Ob in diesen Werten ein kompletter Stimmungsumschwung hinsichtlich der Behandlung von Flüchtlingen gesehen werden kann, ist allerdings fraglich, wenn man berücksichtigt, dass eine überwältigende und gegenüber 2015 noch steigende Mehrheit eine faire Lastenverteilung in Europa in der Flüchtlingsfrage wünscht. Diese im Herbst 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagene, aber bisher nicht umgesetzte Regelung zur Verteilung befürworten mittlerweile 8 von 10 Befragten. Gegen eine Interpretation eines kompletten Klimawechsels im Blick auf die Flüchtlinge sprechen auch die Ergebnisse im Blick auf ihre erwünschte Integration: Die Forderung nach einer raschen Arbeitsaufnahme wird von weiterhin mehr als 80 Prozent der Befragten geteilt und weiterhin weniger als ein Fünftel der Befragten ist der Ansicht, dass Flüchtlinge nur „Gäste auf Zeit“ seien und keine Integrationsbemühungen unternommen werden sollten. In der Zusammenschau der Einschätzungen der Befragten ergibt sich zwar eindeutig der Befund sinkender Aufnahmebereitschaft in Deutschland bei gleichzeitiger verstärkter Forderung nach mehr europäischer Solidarität bei der Flüchtlingsfrage, allerdings ist kein „Paradigmenwechsel“ im Blick auf die erwünschte Integration der bereits aufgenommenen Flüchtlinge zu sehen.

Auffällig ist der Unterschied bei den befragten Altersgruppen (vgl. Tabelle 1). Die Jugend ist offener für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge: 14- bis 29-Jährige sind am häufigsten der Meinung, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufnehmen solle. Im Vergleich aller Altersgruppen sind es nur noch die Jüngeren unter 30 Jahren, die sich (wie 2015) häufiger für eine

Weiterführung als für eine Beschränkung der Aufnahmepolitik aussprechen. Bei den anderen Altersgruppen sind die über 60-Jährigen am häufigsten der Auffassung, die Belastungsgrenze sei erreicht und Flüchtlinge seien Gäste auf Zeit. Wie sich zeigt, geht der zu beobachtende Stimmungsumschwung damit vor allem auf die Generation 60+ zurück. Während sich die Älteren 2015 noch mehrheitlich für offene Grenzen aussprachen, ist der Zuspruch seitdem fast um die Hälfte eingebrochen und zwei Drittel sprechen sich gegen die weitere Aufnahme von Geflüchteten aus.

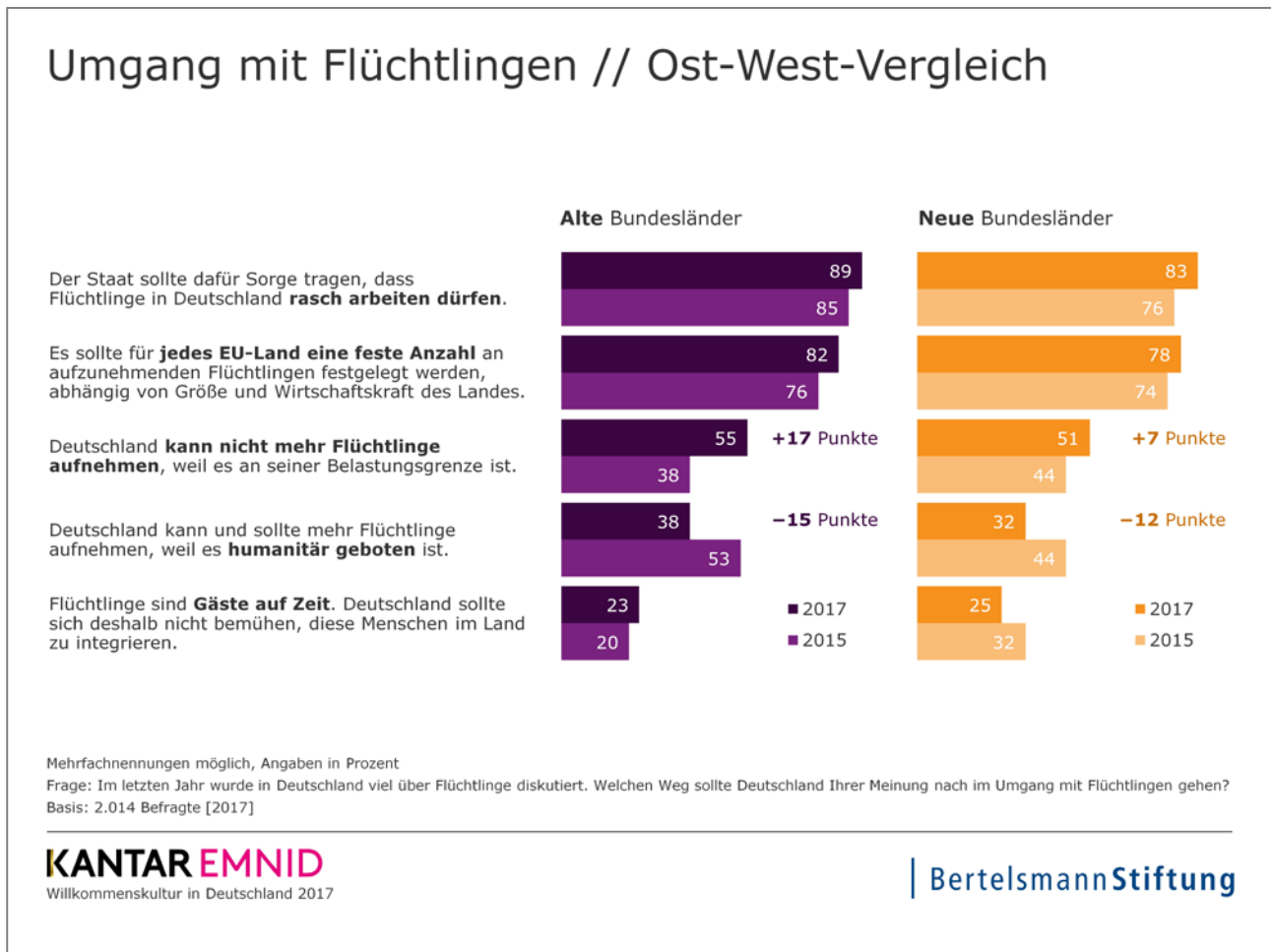
Tabelle 1: Meinungen zur Flüchtlingsaufnahme nach Altersgruppen

Meinungen zur Flüchtlingsaufnahme im Trend nach Altersgruppen (in %, Mehrfachnennungen möglich)	14 bis 29 Jahre	30 bis 59 Jahre	60 Jahre und mehr
<i>Deutschland kann und sollte mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es humanitär geboten ist.</i>			
2017	51	35	29
2015	53	49	53
<i>Deutschland kann nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil es an seiner Belastungsgrenze ist.</i>			
2017	40	54	65
2015	34	41	41

Bildung und Einkommen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei den Haltungen gegenüber Flüchtlingen. Unter Bundesbürgern mit geringem formalen Bildungshintergrund sowie Geringverdienern herrschte schon 2015 eine spürbar restriktivere Haltung vor, was die Flüchtlingsaufnahme und Integrationsanstrengungen anbelangt, während mit steigendem Einkommen und Bildungsgrad tendenziell offenere Haltungen verbreiteter geäußert wurden. Anders ausgedrückt: Je niedriger die Bildung und das Einkommen, umso mehr geht die Zustimmung zur weiteren Flüchtlingsaufnahme und zur Integration von Geflüchteten zurück. Hier ergaben sich Differenzen von bis zu 32 Prozentpunkten. Im Kern bleibt es bei diesen Differenzen, jedoch sind auch hier Angleichungstendenzen feststellbar. Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss sehen zu 38 Prozent, Befragte mit Volks- oder Hauptschulabschluss zu 66 Prozent Belastungsgrenzen bei der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen erreicht (Differenz von 28 Prozentpunkten), während Befragte mit dem höchsten Haushaltsnettoeinkommen (3500 Euro und höher) zu 44 Prozent und Befragte mit dem niedrigsten Einkommen (1000 Euro und weniger) zu 66 Prozent dieser Auffassung sind (Differenz von 22 Prozentpunkten). Integrationsbemühungen für Flüchtlinge lehnen 15 Prozent der Befragten mit höherer formaler Bildung gegenüber 31 Prozent der Befragten mit niedriger formaler Bildung ab (Differenz von 16 Prozentpunkten), während dieser Ansicht 15 Prozent derjenigen mit dem höchsten Einkommen gegenüber 35 Prozent mit dem niedrigsten Einkommen sind (Differenz von 20 Prozentpunkten).

Nicht zuletzt gibt es bei den Einschätzungen zu Flüchtlingen einen Gendereffekt. Dass Deutschland seine Bemühungen zur Integration von Flüchtlingen einschränken oder ganz aufgeben sollte, meint nach wie vor weniger als jeder Vierte. Anders als vor zwei Jahren sind es gegenwärtig deutlich mehr Männer als Frauen, die Integrationsbemühungen ablehnen (2017: 28 zu 19 Prozent).

2.2 Regionale Unterschiede: West und Ost gleichen sich an



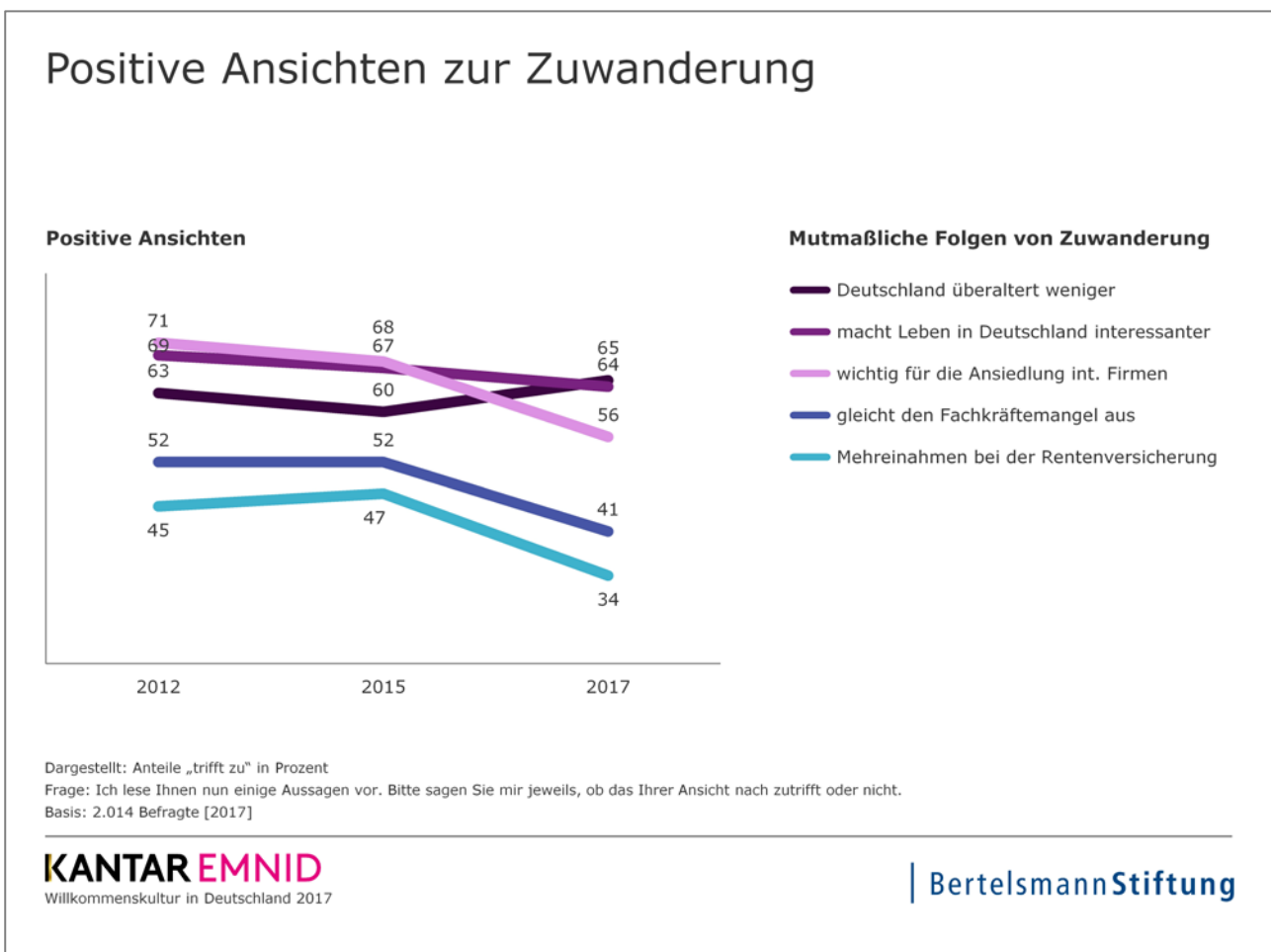
Der regionale Vergleich der Haltungen gegenüber Flüchtlingen überrascht, weil hier anders als bei den Ergebnissen zur wahrgenommenen Willkommenskultur in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen die Unterschiede zwischen Ost und West nicht gewachsen sind – im Gegenteil. Es zeigt sich, dass es vor allem die Befragten im Westen sind, die die treibende Kraft beim Rückgang der Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten darstellen. Traten vor zwei Jahren die Befragten im Westen noch deutlich stärker für eine humanitäre Perspektive ein, so sehen sie aktuell wie die Befragten im Osten mehrheitlich Deutschland an einer Belastungsgrenze. Aus diesem Grund fallen die Ost-West-Unterschiede aktuell deutlich weniger ausgeprägt aus als noch vor zwei Jahren. Im Westen ist es zu einem deutlichen Stimmungsumschwung im Blick auf die weitere Aufnahme von Flüchtlingen gekommen: 2015 meinte eine Minderheit von 38 Prozent, Deutschland sei an seiner Belastungsgrenze angekommen, 2017 ist eine Mehrheit von 55 Prozent dieser Auffassung (Anstieg von 17 Prozentpunkten). Damit sind aktuell sogar mehr Westdeutsche gegen eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen als Ostdeutsche, die zu 51 Prozent die Belastungsgrenze erreicht sehen gegenüber 44 Prozent 2015 (Anstieg von 7 Prozentpunkten).

3 Flüchtlingsthema drängt Vorteile von Einwanderung in den Hintergrund

Wie in den vorangegangenen Befragungswellen der Untersuchung zur Willkommenskultur wurden den befragten Bundesbürgern auch diesmal neun mögliche Folgen von Zuwanderung zur Bewertung vorgelegt – darunter fünf vorteilhafte Entwicklungen, nämlich geringere Überalterung, interessanteres Leben in Deutschland, Wichtigkeit für die Ansiedlung internationaler Firmen, Ausgleich des Fachkräftemangels und Entlastung der Rentenversicherung, sowie vier problematische, nämlich Belastung der Sozialkassen, steigende Konflikte zwischen Einheimischen und Zuwanderern, mehr Probleme in den Schulen und Wohnungsnot in den Ballungsräumen.

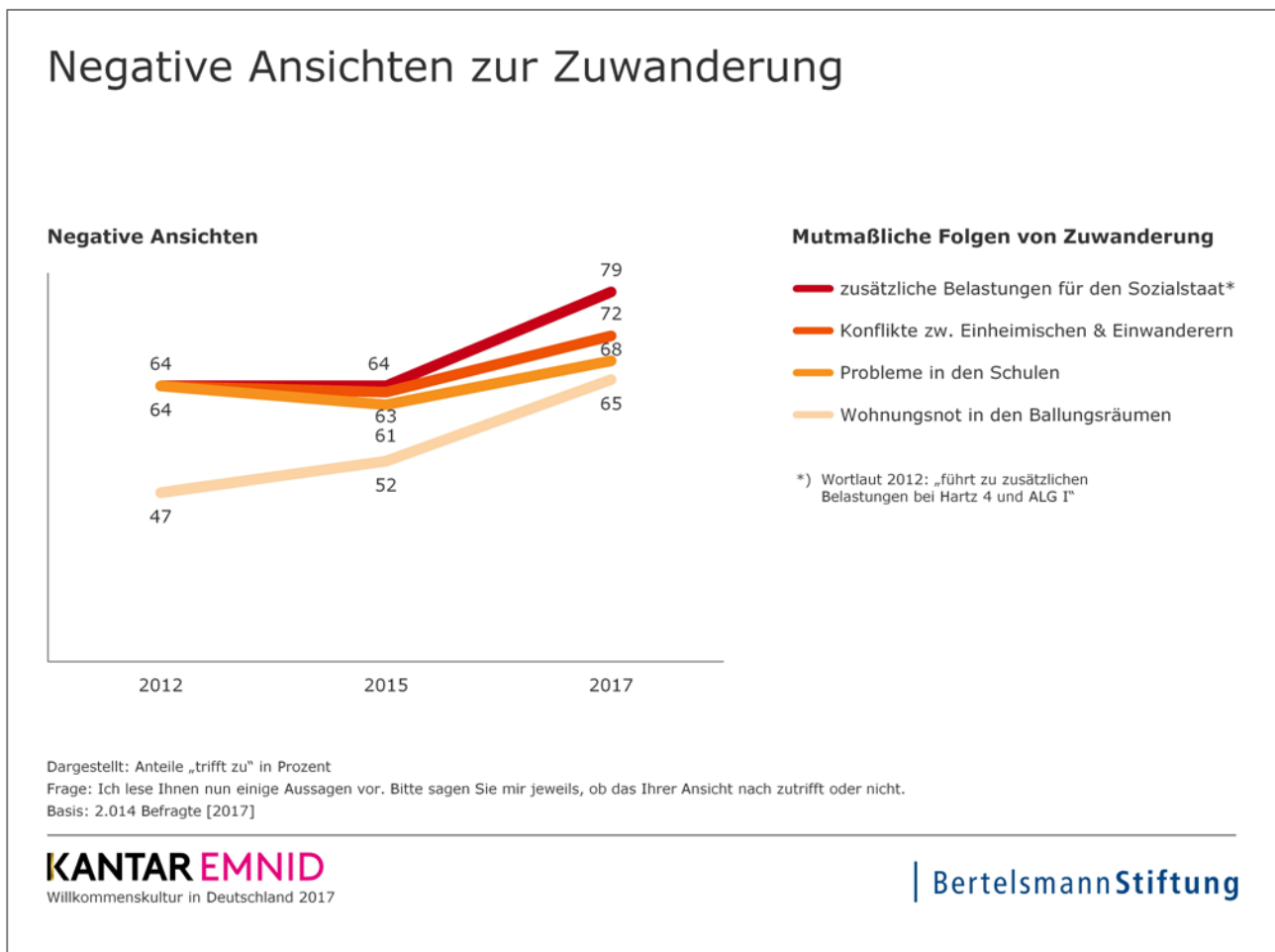
Während die Unterschiede der Einschätzungen zu Vor- und Nachteilen von Zuwanderung zwischen 2012 und 2015 gering sind, so kommt es jetzt gegenüber 2012/2015 zu teils gravierenden Veränderungen. Bis auf einen Aspekt (Überalterung der Gesellschaft) verlieren die positiven Aussagen an Unterstützung und bei einer dreien drehen sich die Mehrheitsverhältnisse um (Ausgleich des Fachkräftemangels). Umgekehrt spielen potenziell negative Entwicklungen heute ausnahmslos eine größere Rolle als früher. Folgerichtig erhalten nahezu alle problembehafteten Auswirkungen aktuell höhere Zustimmungswerte als die vorteilhaften Effekte.

3.1 Wahrnehmung von Vorteilen wird schwächer – Ausnahme: Demographie



Unter den positiven Folgen erhält die Ansicht, wonach Zuwanderung den Überalterungsprozess der deutschen Gesellschaft abmildert, noch den breitesten Zuspruch. Mit aktuell 65 Prozent ist dies auch die einzige Aussage, die heute häufiger geteilt wird als vor zwei Jahren. Die übrigen vier potenziell vorteilhaften Entwicklungen verlieren dagegen zwischen 3 und 13 Prozentpunkten an Zustimmung. Den geringsten Rückgang verzeichnet dabei noch die Einschätzung, Zuwanderung mache das Leben in Deutschland interessanter: immer noch knapp zwei Drittel der Befragten sehen diesen positiven Effekt (64 Prozent 2017 gegenüber 67 Prozent 2015). Auch noch eine Mehrheit von 56 Prozent glaubt, dass Zuwanderung für die Ansiedlung ausländischer Firmen wichtig sei, wobei es hier gegenüber 2015 einen deutlichen Rückgang von 12 Prozentpunkten gibt. War 2015 noch eine knappe Mehrheit der Ansicht, dass Zuwanderung zu einem Ausgleich des Fachkräftemangels beiträgt, so vertreten dies heute nur noch 41 Prozent (ein Minus von 11 Punkten). Was mögliche Vorteile von Zuwanderung für die Rentenversicherung angeht, so waren bereits 2012 und 2015 nur Minderheiten von 45 bzw. 47 Prozent dieser Auffassung: Aktuell sieht nur rund jeder Dritte solche Vorteile.

3.2 Wahrnehmung von Nachteilen wird stärker

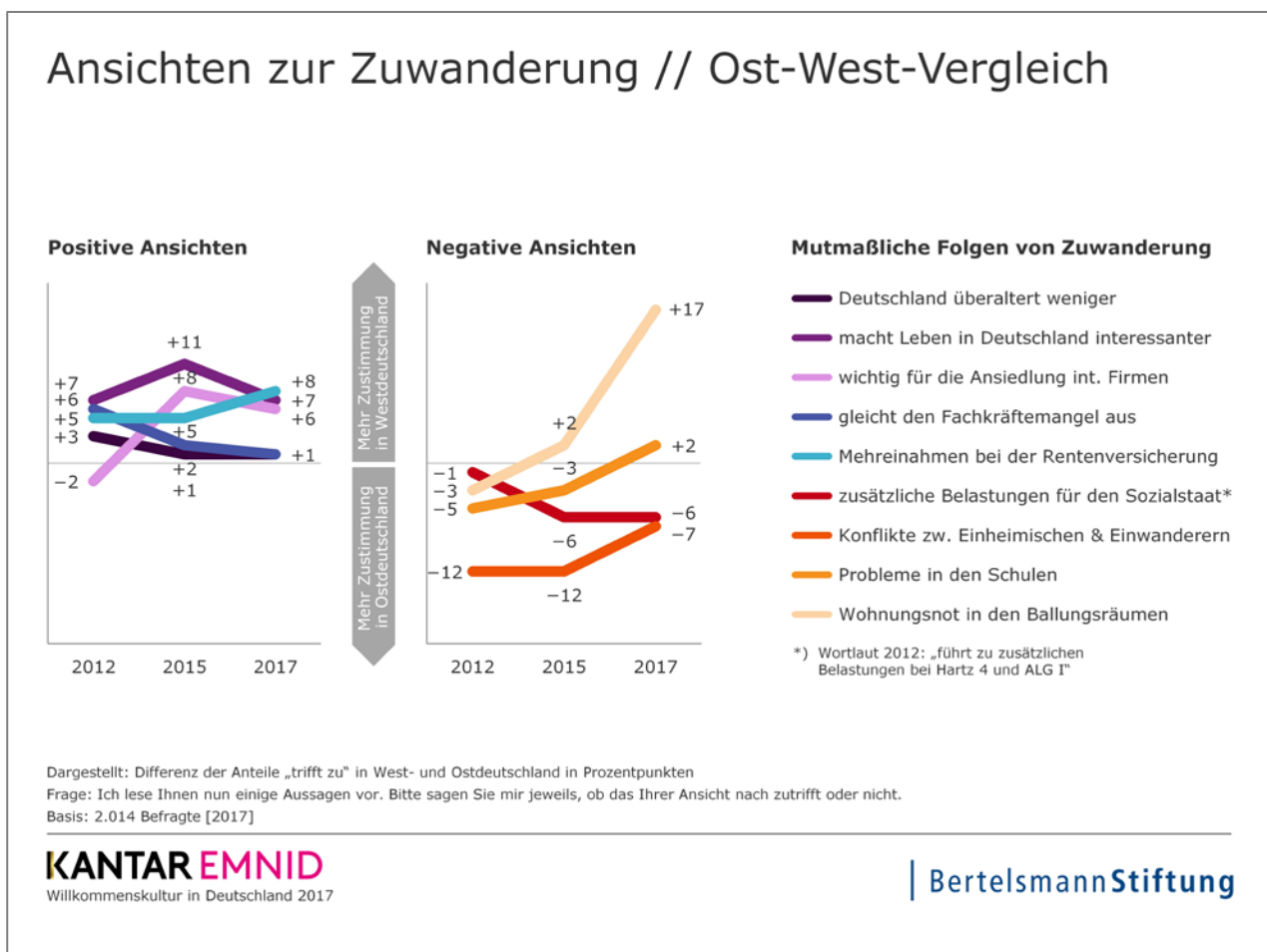


Zuwanderung wird aktuell am ehesten mit zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat in Verbindung gebracht: Rund 80 Prozent der Befragten befürchten eine migrationsbedingte Belastung der Sozialkassen. Das ist ein Anstieg von 15 Prozentpunkten gegenüber 2015 und 2012. Ebenfalls stark

gestiegen ist die Auffassung, Zuwanderung führe zu sozialen Konflikten (72 Prozent aktuell gegenüber 63 bzw. 64 Prozent in 2015 und 2012). Probleme in den Schulen sehen 68 Prozent gegenüber 61 Prozent in 2015 und 64 Prozent in 2012. Den größten Stimmungsumschwung gibt es im Blick auf die Wohnungsnot in Ballungsräumen: 2012 war das nur für eine Minderheit von 47 Prozent ein möglicher Nachteil von Zuwanderung, 2015 sah bereits eine Mehrheit von 52 Prozent diese Gefahr, jetzt sind sogar zwei von drei Befragten dieser Auffassung, ein Anstieg von 13 Prozentpunkten gegenüber 2015 und sogar 18 Prozentpunkten gegenüber 2012.

3.3 Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen

Regionale Unterschiede zwischen Ost und West spielen bei den Einstellungen zu Vor- und Nachteilen von Zuwanderung erwartungsgemäß eine Rolle.



Generell sehen Befragte im Westen vermehrt positive Aspekte der Zuwanderung, während im Osten häufiger Bedenken von den Befragten geäußert werden. Allerdings ist sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern die Skepsis gegenüber Zuwanderung gestiegen – im Westen teils noch stärker als im Osten. Daher reduzieren sich die Unterschiede in vielen Bereichen, z.B. was positive Effekte für den Fachkräftemangel und die Überalterung der Gesellschaft anbelangt. Ähnliches gilt für negative Entwicklungen in den Schulen oder im Hinblick auf Konflikte zwischen einheimischer Bevölkerung und Einwanderern – hier haben sich die Meinungsbilder in Ost und West angeglichen. Die wachsende Skepsis gegenüber Zuwanderung ist deshalb kein „ostdeutsches Phänomen“. So befürchten in beiden Landesteilen deutlich mehr als drei Viertel der Befragten (West: 78 Prozent;

Ost: 84 Prozent) zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat durch Zuwanderung. Bemerkenswert bleibt allerdings weiterhin, dass die Skepsis gegenüber Migration in den östlichen Bundesländern so ausgeprägt ist, obwohl dort im Vergleich zum Westen viel weniger Migranten anzutreffen sind: Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes 2015 lebten lediglich 9,5 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund in einem der östlichen Bundesländer; ohne Berlin waren es nicht einmal 4 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Fachserie 1, Reihe 2.2.).

Die auffälligste Entwicklung betrifft einen jener Bereiche mit den stärksten Anstiegen in den vergangenen Jahren: die befürchtete Wohnungsnot in Ballungsräumen infolge von Einwanderung. Bei genauerer Betrachtung gehen die Steigerungen nämlich fast ausnahmslos auf die Bevölkerung in den alten Ländern zurück, die zu 68 Prozent fehlenden Wohnraum mit Zuwanderung in Verbindung bringt. Besonders kritisch schätzen Befragte in den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern die Lage ein (75 bzw. 70 Prozent). Jedoch wird auch in der Hauptstadt vermehrt auf Wohnungsmangel hingewiesen (72 Prozent). In den ohnehin weniger dicht besiedelten ostdeutschen Flächenländern liegen die Nennungsanteile bei maximal 51 Prozent.

Tabelle 2: Meinung zu Vor- und Nachteilen von Zuwanderung nach Altersgruppen

Meinung zu Vor- und Nachteilen von Zuwanderung nach Altersgruppen (in %, Mehrfachnennungen möglich)	14 bis 29 Jahre	60 Jahre und mehr	Insgesamt
Ist für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig	59	57	56
Macht das Leben in Deutschland interessanter	75	58	64
Führt dazu, dass Deutschland weniger überaltert	66	68	65
Führt zu Problemen in den Schulen	44	76	68
Führt zu zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat	60	85	79
Führt zu Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung	47	29	34
Gleicht den Fachkräftemangel in Deutschland aus	58	36	41
Führt zu Wohnungsnot in den Ballungsräumen	61	71	65
Führt zu Konflikten zwischen den Einheimischen und den Einwanderern	64	72	72

Neben der Wohnregion erweist sich das Alter als ein zentraler Faktor bei der Frage, inwiefern Befragte Zuwanderung mit möglichen positiven oder negativen Folgen verbinden (vgl. Tabelle 2). Vor allem Jüngere unter 30 Jahren weichen vom überwiegend geteilten Meinungsbild ab, indem sie sich seltener besorgt äußern und vermehrt auf vorteilhafte Entwicklungen hinweisen. So kann mit 44 Prozent lediglich eine Minderheit von ihnen migrationsbedingte Probleme in den Schulen ausmachen (Gesamtschnitt: 68 Prozent). Auch dass Zuwanderung zu Mehrbelastungen im Staatshaushalt

führt, findet bei ihnen deutlich weniger Zuspruch als bei Älteren (60 Prozent; Gesamtschnitt 79 Prozent).

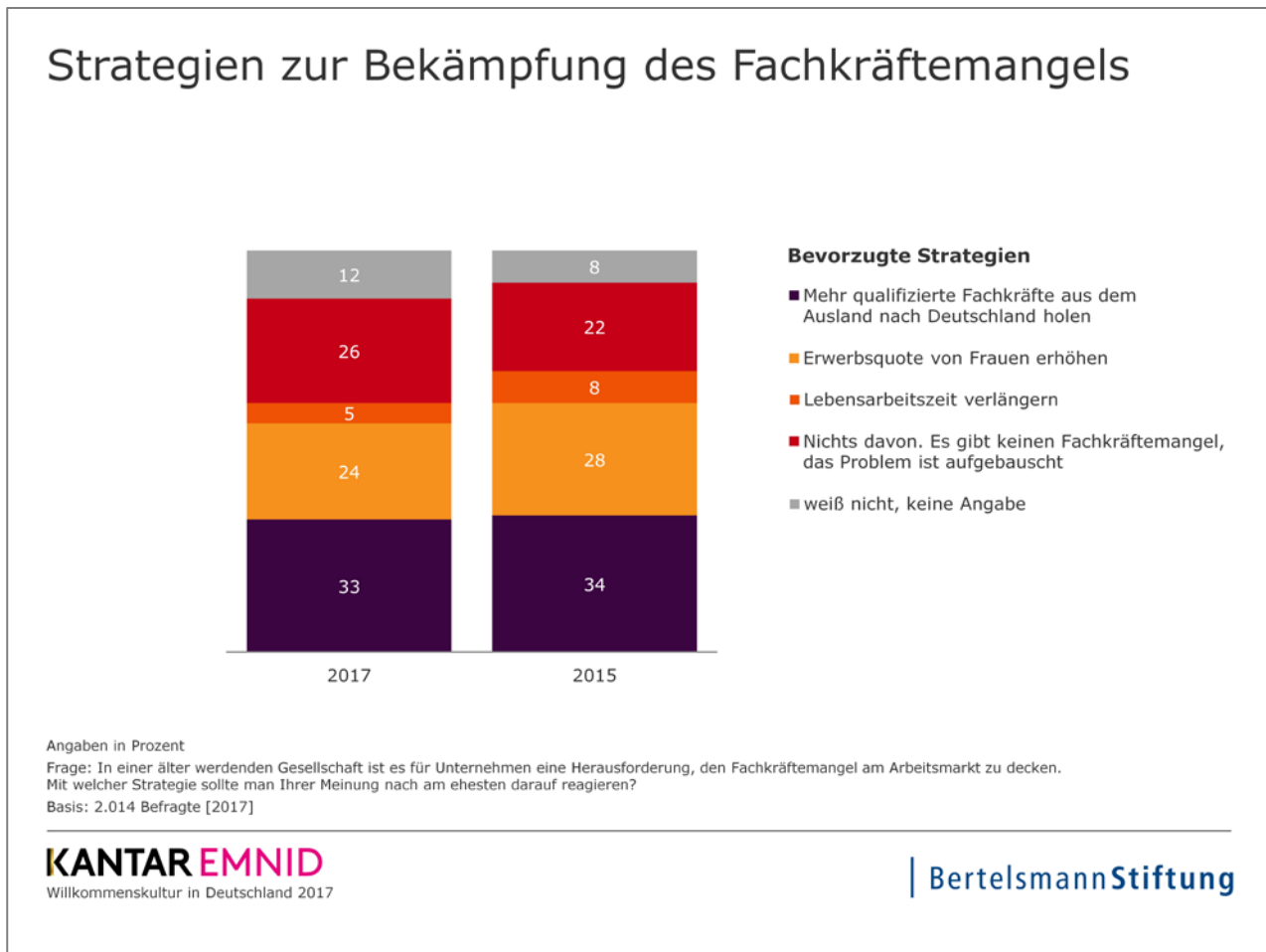
Bildung prägt erwartungsgemäß die Einstellungen zu Migration. So werden positive Effekte der Zuwanderung verstärkt in bildungsnahen Schichten wahrgenommen. Von den Befragten mit Hochschulzugangsberechtigung sind 77 Prozent der Auffassung, Zuwanderung mache das Leben in Deutschland interessanter – bei den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss sind es deutlich weniger, aber mit 55 Prozent auch eine Mehrheit. Das Problem der Wohnungsnot spielt mit sinkendem Nettoeinkommen deutlich häufiger eine Rolle. So befürchten 80 Prozent der Befragten mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 1000 Euro, dass Zuwanderung mit zunehmender Wohnungsknappheit verbunden sei. Bei den Befragten mit einem Einkommen von 3500 Euro und mehr sind es dagegen 59 Prozent. Diese Befunde können auch als Hinweis verstanden werden, dass sozial benachteiligte Befragte Einwanderer als Konkurrenz empfinden.

Bei der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass die Ereignisse der Jahre 2015/2016 mit dem starken Zuzug von Asylsuchenden die Einschätzungen zu den Folgen von Zuwanderung stark geprägt haben: Die Fluchtmigration, die Deutschland in den letzten beiden Jahren vor große Herausforderungen bei der Unterbringung der Asylsuchenden gestellt hat und hohe Ausgaben für die Geflüchteten mit sich brachte, dominiert das Thema Einwanderung. Mögliche Vorteile von Migration, insbesondere in Folge der Einwanderung ausländischer Fachkräfte, die in Deutschland arbeiten und in die Sozialkassen einzahlen, geraten aus dem Blick.

4 Fachkräftemigration bleibt ein Thema

Auch wenn die Fluchtmigration die öffentliche Diskussion über Zuwanderung in den letzten Jahren beherrscht hat, so ist das Thema der Fachkräftemigration für die Befragten nicht erledigt. Denn die Befragung zeigt, dass für die Bevölkerung die Einwanderung von Fachkräften nicht vom Radar verschwunden ist. Den Befragten wurden verschiedene Strategien zum Umgang mit dem Fachkräftemangel vorgestellt und sie wurden gebeten, unter den Optionen Anwerbung ausländischer Fachkräfte, Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen und Verlängerung der Lebensarbeitszeit ihren bevorzugten Lösungsvorschlag zu benennen. Eine weitere Antwortmöglichkeit war, den Fachkräftemangel als aufgebauschtes Problem zu bezeichnen.

4.1 Ein Drittel hält Einwanderung von Fachkräften weiterhin für nötig



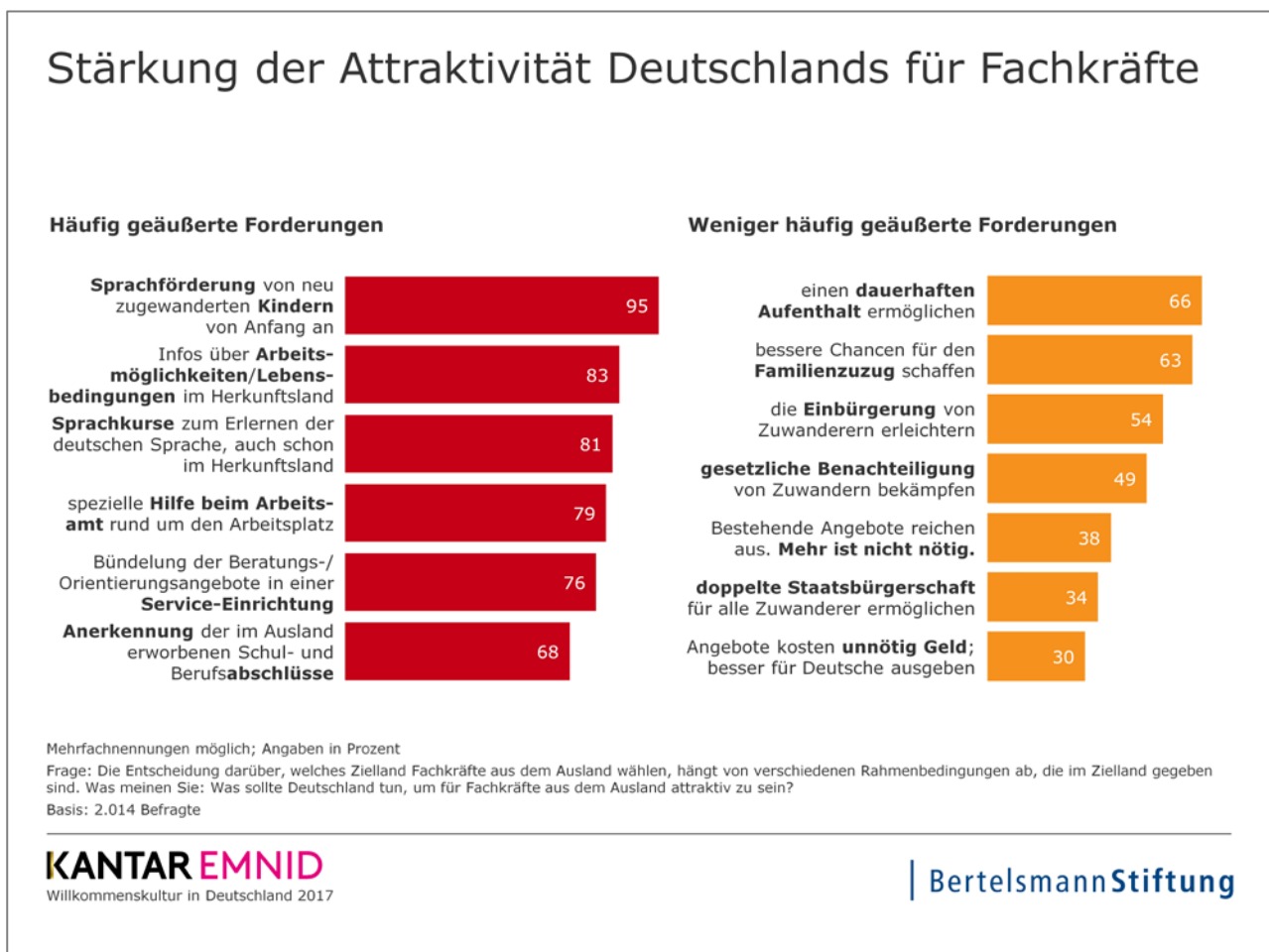
Erstaunlicherweise scheint die Dominanz des Flüchtlingsthemas keine Auswirkung auf die Einschätzungen zum Umgang mit dem Fachkräftemangel gehabt zu haben, denn zwischen 2015 und 2017 haben diese sich nicht wesentlich verändert. Von den drei vorgeschlagenen Strategien schneidet die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland weiterhin am besten ab. Dieser Vorschlag findet bei jüngeren Befragten unter 30 Jahren sowie bei der älteren Generation (60 und mehr Jahre) besonders viel Anklang (39 bzw. 35 Prozent). Nennenswerte Bildungsunterschiede finden sich im Gegensatz zu 2015 nicht mehr. Eine erhöhte Frauenerwerbsquote bevorzugt jeder vierte Befragte – insbesondere bei den weiblichen Befragten selbst (28 gegenüber 20 Prozent unter Männern). Eine (weitere) Verlängerung der Lebensarbeitszeit hingegen findet nach wie vor nur wenige Unterstützer. Der Anteil derjenigen, die das Problem des Fachkräftemangels für überschätzt halten, ist leicht gestiegen (von 22 auf 26 Prozent). Addiert man dazu den steigenden Anteil derjenigen, die sich kein Urteil zutrauen (von 8 auf 12 Prozent), so spielt für aktuell insgesamt 38 Prozent das Thema Fachkräftemangel keine wichtige Rolle. Das lässt auf eine rückläufige Problemwahrnehmung schließen, erledigt das Thema Fachkräftemigration aber nicht: Jeder Dritte hält diese für den bevorzugten Weg im Umgang mit dem Mangel an Fachkräften.

Die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland wird also nach wie vor als eine der praktikabelsten Lösungswege zur Abmilderung des Fachkräftemangels gesehen. Dabei stellt sich allerdings die Frage nach der Attraktivität Deutschlands für potentielle ausländische Fachkräfte. Um die Zahl dieser Personengruppe zu steigern, sind grundsätzlich verschiedene Maßnahmen denkbar.

Welche Möglichkeiten von der Bevölkerung als sinnvoll erachtet werden, zeigt der folgende Abschnitt.

4.2 Was Deutschland für Fachkräfte attraktiv macht

In den vorangegangenen Untersuchungen zur Willkommenskultur wurden ähnliche Fragen zur Attraktivitätssteigerung Deutschlands gestellt. Da in der vorliegenden Befragung der Fokus von Einwanderern im Allgemeinen auf Fachkräfte verengt worden ist, sind die Ergebnisse allerdings nicht mehr direkt vergleichbar, indirekte Rückschlüsse über Veränderungen sind aber möglich.



Den Befragten wurden 13 Strategien vorgelegt. Sieben dieser Strategien wurden von jeweils mindestens zwei Dritteln als wichtig erachtet. Um die Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte aus dem Ausland zu erhöhen, sollte also nach Mehrheitsmeinung bestenfalls ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergriffen werden.

Sprachförderung befindet sich weiterhin auf dem ersten Platz der präferierten Maßnahmen: Mehr als neun von zehn sind der Meinung, Zuwandererkinder sollten sprachlich gefördert werden, und acht von zehn befürworten Deutsch-Sprachkurse, auch schon im Herkunftsland. Einen großen Sprung nach oben haben Informationen über deutsche Arbeits- und Lebensbedingungen im Ausland gemacht. Diese Informationen sowie Hilfe durch die Agenturen für Arbeit und eine zentrale Serviceeinrichtung für Beratungs- und Orientierungsangebote werden jeweils von drei Vierteln der

Bundesbürger oder mehr als sinnvoll erachtet. Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wird aktuell als wichtiger für die Attraktivität Deutschlands erachtet als noch in den vorherigen Umfragen. Gesunken sind dagegen die Werte für leichtere Einbürgerung, doppelte Staatsbürgerschaft, Anti-Diskriminierung und Familiennachzug.

Bei den Maßnahmen, die drei Viertel oder mehr präferieren, finden sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen. Unterschiede ergeben sich aber im Blick auf die weniger häufig genannten Maßnahmen.

So bevorzugen Befragte im Osten die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Maßnahmen zur Anti-Diskriminierung, während sich westliche Befragte eher für dauerhaften Aufenthalt und Familiennachzug aussprechen. Es zeigt sich also, dass immer dort, wo es um erleichterte Bleibebedingungen geht, sich Bundesbürger in den neuen Bundesländern verhaltener äußern als jene in den alten. Dies betrifft insbesondere den Zuzug von Familien, den dauerhaften Aufenthalt und die doppelte Staatsbürgerschaft. Hier liegt die Zustimmung im Osten jeweils 10 bis 14 Prozentpunkte unter derjenigen im Westen. Auf dieser Linie liegt auch der Befund, dass in den neuen Ländern 38 Prozent der Ansicht sind, Angebote für Einwanderer würden den Staat unnötig Geld kosten, das besser für Deutsche ausgegeben werden sollte. In den alten Ländern sind dies mit 29 Prozent spürbar weniger. Vor allem die ostdeutschen Flächenländer stechen hier heraus (bis zu 40 Prozent), während das Berliner Ergebnis dem Gesamtschnitt im Westen entspricht. Jedoch fällt auch das Ergebnis in den alten Bundesländern nicht einheitlich aus. Am wenigsten Zuspruch findet das Geldargument im Norden und Westen der Republik (24 bis 27 Prozent), während die Zustimmungsteile im Süden insgesamt im Mittelfeld rangieren (33 bis 35 Prozent).

Das Alter ist ein Faktor, der auch hier Unterschiede unter den Befragten deutlich macht. Jüngere Befragte unter 30 Jahren sehen Maßnahmen zur größeren Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte eher in den Bereichen der Rechte bzw. des dauerhaften Aufenthalts von Einwanderern, während sich alle anderen Altersgruppen eher für Sprachkurse und Informationen im Herkunftsland aussprechen. Insbesondere unterscheiden sich die Einschätzungen der jüngeren Generation von den älteren Generationen im Blick auf die Bedeutung der Einbürgerung und doppelten Staatsbürgerschaft für die Attraktivität Deutschlands sehr stark. Besonders deutlich wird dies bei der doppelten Staatsbürgerschaft, die von der älteren Generation (60 und mehr Jahre) nur halb so häufig unterstützt wird wie von Bundesbürgern unter 30 Jahren (24 zu 55 Prozent). Bei den Altersgruppen zwischen 30 und 59 Jahren liegen die Werte hier nicht über 34 Prozent. Ähnlich gestalten sich die Differenzen beim erleichterten Familiennachzug sowie bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse (insgesamt 22 bzw. 21 Prozentpunkte Differenz zwischen den jüngsten und ältesten Befragten).

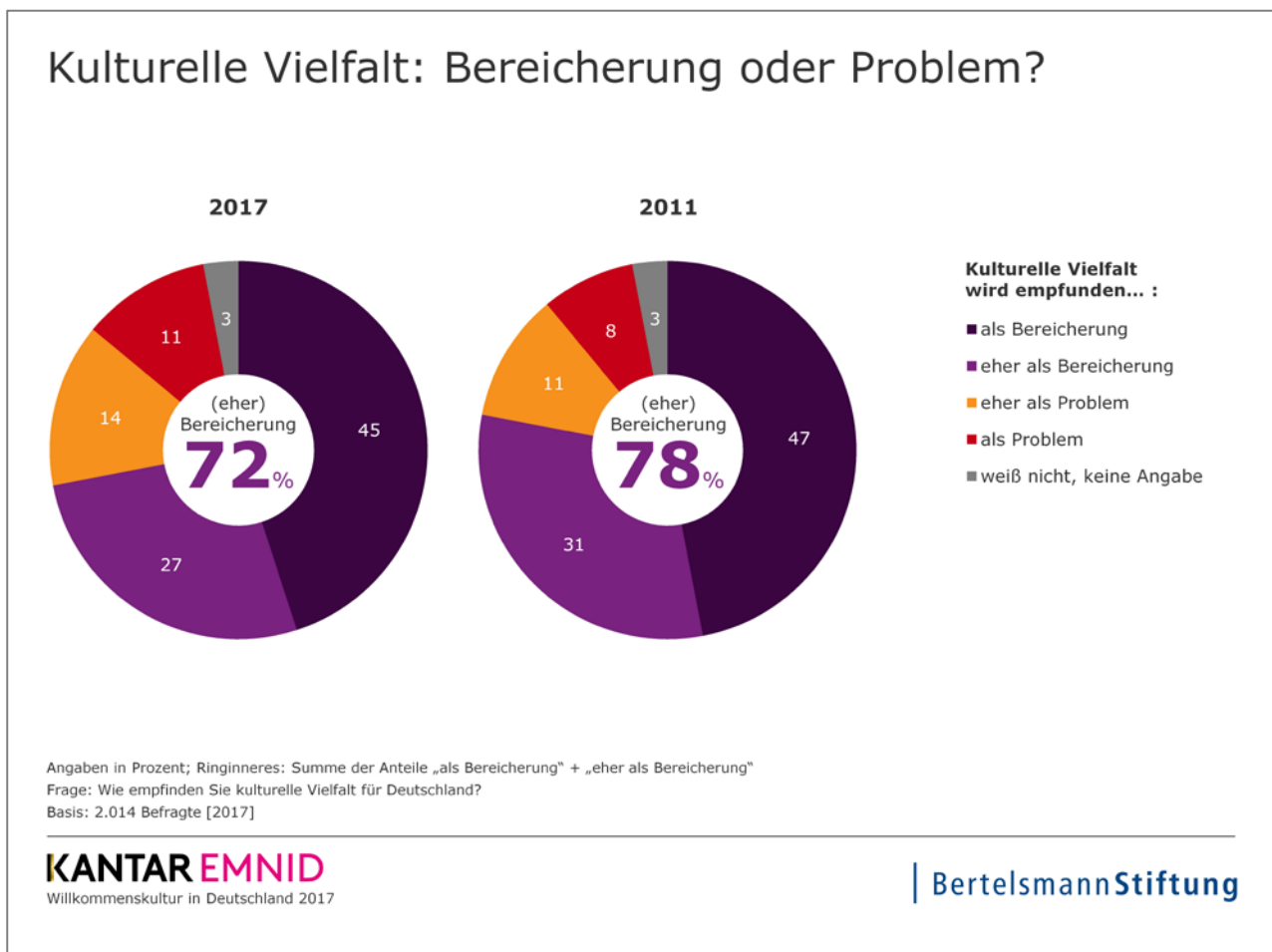
Unterschiedliche Einkommen haben keine Effekte auf das Antwortverhalten – mit Ausnahme der doppelten Staatsbürgerschaft: Hier ist die Zustimmung unter den Befragten mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von 2500 bis 3500 und mehr Euro spürbar höher als bei den Befragten mit einem Einkommen von 1000 bis 2000 Euro.

Bildung macht allerdings wieder einen Unterschied: Je geringer der formale Bildungsgrad, desto eher werden attraktivitätsfördernde Maßnahmen generell abgelehnt. Allein die Hälfte der Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss erachtet die bestehenden Angebote als völlig ausreichend. Bei jenen, die mindestens eine Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben, sind es dagegen halb so viele (49 gegenüber 26 Prozent).

5 Einwanderungsgesellschaft ist Normalität

Aus einer ebenfalls repräsentativen Vorläuferstudie (Einschätzungen zur Integration 2011) geht hervor, dass 2011 nahezu acht von zehn Bundesbürgern kulturelle Vielfalt als Bereicherung empfanden. Die aktuelle Umfrage zeigt, dass die „Fluchtkrise“ daran im Kern nichts geändert hat.

5.1 Vielfalt ist ein Gewinn – vor allem aus der Sicht der Jugend



Auch gegenwärtig stehen die meisten Bundesbürger anderen Kulturen nach eigenem Bekunden positiv gegenüber. Wie vor sechs Jahren sieht fast jeder Zweite kulturelle Vielfalt *ohne Einschränkungen* als eine Bereicherung. Ein weiteres gutes Viertel tendiert in dieselbe Richtung, möchte diese Aussage jedoch nicht ganz ohne Abstriche stehen lassen („*eher* eine Bereicherung“). Damit ergeben sich gegenüber 2011 im Detail zwar leichte Rückgänge, weiterhin stellen aber migrationsaffine Ansichten die deutliche Mehrheit (72 Prozent; minus 6 Prozentpunkte gegenüber 2011). Kritisch äußert sich einer von vier Bundesbürgern. Darunter sehen 11 Prozent kulturelle Vielfalt klar „als Problem“.

Gravierende Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen zeigen sich nicht: durchgängig überwiegt eine positive Haltung anderen Kulturen gegenüber. Allerdings äußern sich bestimmte Gruppen vermehrt kritisch, darunter jene mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss (32 Prozent), Bewohner kleinerer Ortschaften mit bis zu 5000 Einwohnern (32 Prozent), Ostdeutsche aus Sachsen und Thüringen (29 Prozent) sowie Männer im Allgemeinen (29 Prozent).

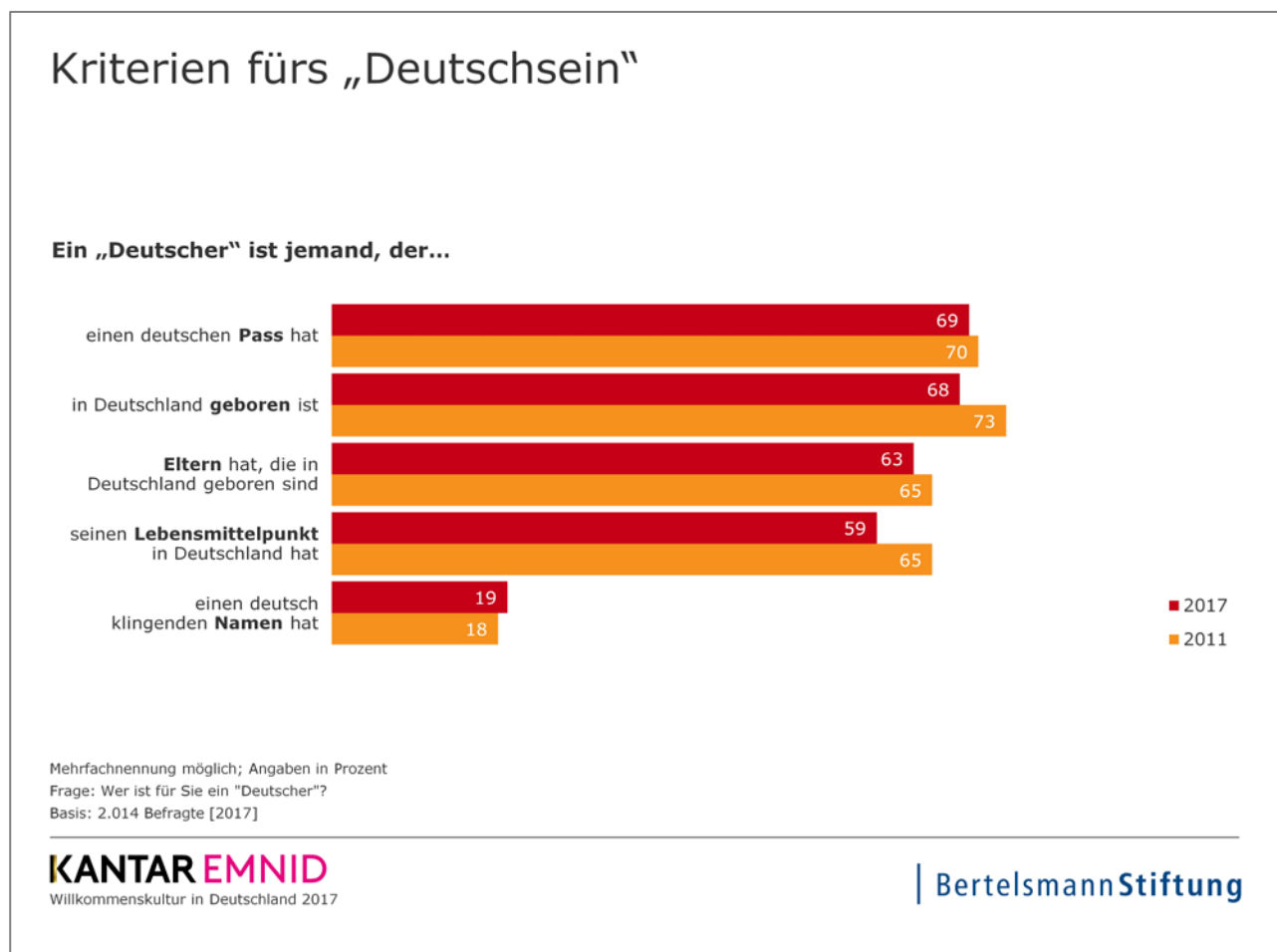
Das Alter spielt eine gewisse Rolle, wobei es keinen linearen Trend von Jung zu Alt gibt. Zwar äußern sich die 14- bis 29-Jährigen am positivsten zur kulturellen Vielfalt (85 Prozent), am negativsten aber nicht die Ältesten, sondern die Befragten zwischen 30 und 39 Jahren (37 Prozent).

Insgesamt zeigt sich, dass die Einwanderungsgesellschaft mit ihrer kulturellen Vielfalt für die überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung positiv gesehen wird und insofern als „normal“ wahrgenommen wird. Dem entspricht auch die mehrheitliche Einschätzung hinsichtlich der Frage, wer heutzutage als Deutscher angesehen wird.

5.2 Als Deutscher gilt, wer im Land geboren ist

In Deutschland galt bis zur Reform des Staatsbürgerrechts Ende der 90er Jahre das Abstammungsrecht („jus sanguinis“): Die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt war denen vorbehalten, die deutsche Eltern hatten. Die Reform hat dann das für Einwanderungsgesellschaften typische „Geburtsortprinzip“ in Deutschland eingeführt: einen deutschen Pass bei Geburt bekommt, wer im Land geboren ist, auch wenn seine Eltern Ausländer sind – sofern sie sich rechtmäßig eine längere Zeit in Deutschland aufgehalten haben.

Wie schon in der 2011 durchgeführten Studie zur kulturellen Vielfalt wurden den Befragten Kriterien für die Definition dessen, wer als Deutscher gilt, vorgelegt, die einerseits dieses neue, für Einwanderungsgesellschaften typische Verständnis von nationaler Identität widerspiegeln, andererseits aber auch das ältere Verständnis von nationaler Identität anklingen lassen.

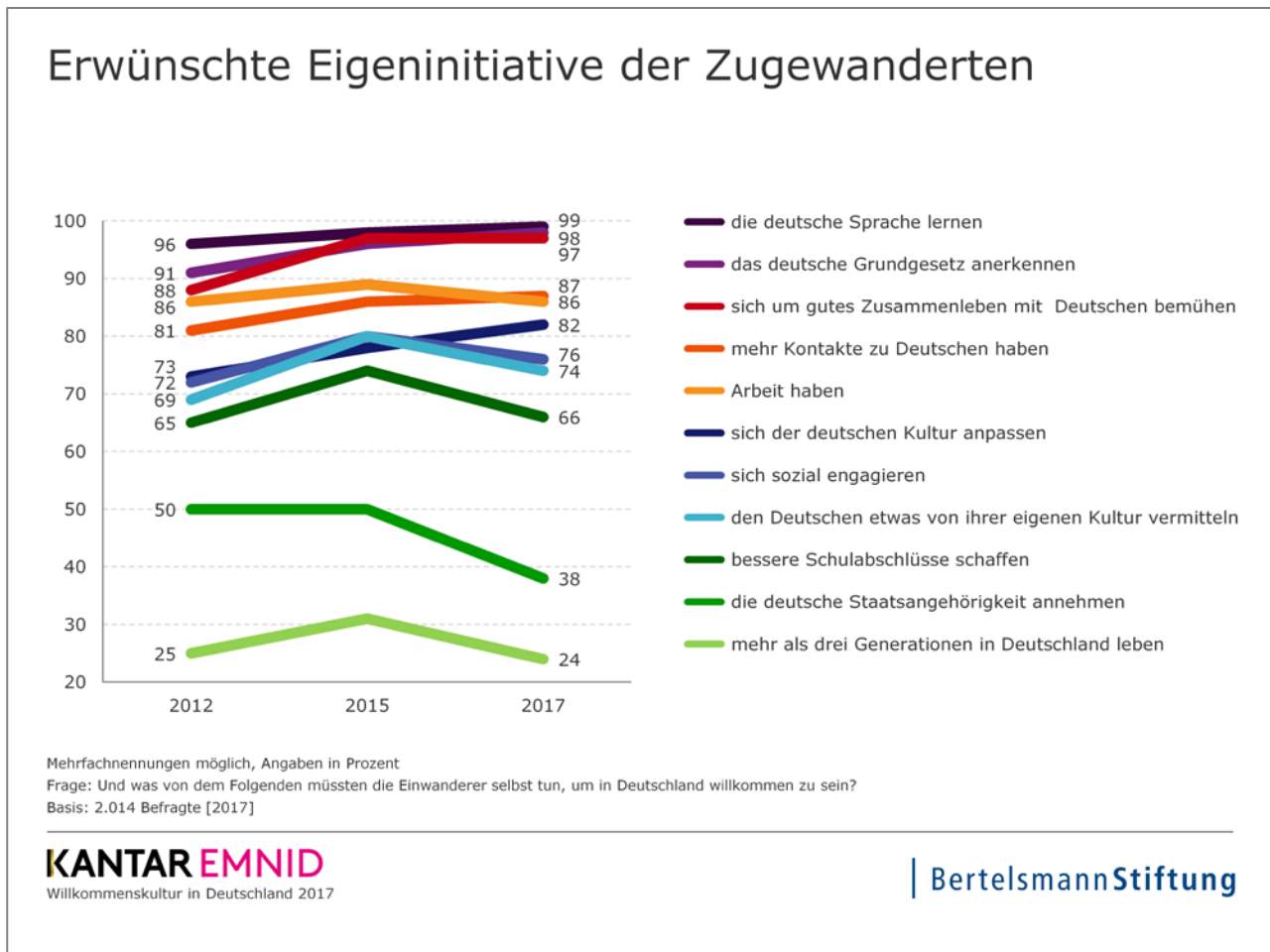


Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Befragten das Deutschsein am Pass und am Geburtsort festmacht, also an Kriterien, die für die Definition der nationalen Zugehörigkeit in Einwanderungsgesellschaften charakteristisch sind. Allerdings findet auch das Kriterium, dass die Eltern in Deutschland geboren wurden, nach wie vor große Zustimmung. Bemerkenswert ist, dass sogar deutlich liberalere Auslegungen häufig eine Rolle spielen: Eine Mehrheit der Bundesbürger sieht auch Personen als Deutsche an, die lediglich ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Nur dass bereits ein deutsch klingender Name eine ausreichende Bedingung darstellt, trifft auf bedeutend weniger Zuspruch (19 Prozent) – insbesondere unter Personen mit höherem Bildungsgrad (14 Prozent). Über die erwähnten Detailergebnisse hinaus zeigen sich keine relevanten soziodemografischen Unterschiede. Insbesondere sind auch die Unterschiede zwischen den jüngeren und älteren Generationen, die in anderen Feldern ausgeprägt sind, nicht gravierend. Erwartungsgemäß sind die unter 30-Jährigen etwas offener für das moderne Verständnis von nationaler Identität: für 74 Prozent von ihnen ist ein Deutscher, wer einen deutschen Pass hat, bei den 60-Jährigen und Älteren sind es 6 Prozent weniger, aber mit 68 Prozent auch noch rund zwei Drittel. Insbesondere das Kriterium des deutsch klingenden Namens kann als Ausdruck eines überkommenen Verständnisses von nationaler Identität gesehen werden. Demnach könnte ein Träger eines türkischen Namens wie Özil, eines tunesischen Namens wie Khedira oder eines spanischen Namens wie Gomez als unvereinbar mit dem Deutschsein gesehen werden. Aber dieses Kriterium spielt im heutigen Deutschland – wie schon vor 6 Jahren – keine Rolle mehr. Für die große Mehrheit der Befragten sind die Özils, Khediras und Gomez Deutsche, selbst wenn die Namen ursprünglich aus dem Ausland kommen. Das bestätigt den Eindruck, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in der Einwanderungsgesellschaft „angekommen“ ist.

6 „Reife“ Einwanderungsgesellschaft: Integration ist keine Einbahnstraße

Eine „reife“ Einwanderungsgesellschaft basiert auf einem modernen Integrationsverständnis. Ein solches Verständnis sieht in Integration nicht eine einseitige „Assimilation“ im Sinne der Anpassung einer Minderheit an eine Mehrheit, die sich nicht verändert. Vielmehr gilt Integration – wie die EU in ihren Grundprinzipien zur Integration 2004 definiert hat – als ein dynamischer Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens von Eingewanderten und Einheimischen. Die Befragung beleuchtet deshalb beide Aspekte und nimmt die Bemühungen beider Seiten in den Blick: des Ziellandes sowie der Zugewanderten selbst. Einerseits wird also nach der „Bringschuld“ gefragt, die Einwanderer aus der Sicht der Befragten haben, um in Deutschland willkommen zu sein. Andererseits wird aber auch nach Integrationshindernissen gefragt, deren Beseitigung die „Bringschuld“ der Aufnahmegesellschaft für eine verbesserte Teilhabe der Einwanderer darstellt. Durch Vergleiche mit vorherigen Befragungen zu diesen Feldern sind Aussagen über Trends und Entwicklungen möglich.

6.1 Einwanderer in der Pflicht: Integration als individuelle Anstrengung



Die Anforderungen, die von den Befragten an die Einwanderer gestellt werden sind hoch: Heute wie auch schon vor fünf Jahren erwartet eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, dass Einwanderer die deutsche Sprache lernen (99 Prozent heute gegenüber 96 Prozent 2012), dass sie das Grundgesetz anerkennen (98 Prozent heute gegenüber 91 Prozent 2012), dass sie sich um ein gutes Zusammenleben mit Deutschen bemühen (97 Prozent heute gegenüber 88 Prozent 2012) und mehr Kontakte zu Deutschen haben (87 Prozent heute gegenüber 81 Prozent 2012). Stark ansteigend ist die Erwartung, dass Einwanderer sich der deutschen Kultur anpassen sollen: das meinten vor fünf Jahren 73 Prozent, jetzt sind 82 Prozent dieser Auffassung. Diese aufsteigenden Trends zeigen, dass die hohen Erwartungen bezüglich der von Einwanderern zu erbringenden Integrationsleistungen noch einmal gestiegen sind.

Keine durchgängige Steigerung, sondern eine Konstanz ergibt sich bei der Erwartung an die Einwanderer, Arbeit zu haben: heute wie vor fünf Jahren finden 86 Prozent der Befragten die Arbeitsaufnahme von Einwanderern wichtig, damit sie in Deutschland willkommen sind. Keine durchgängigen, aber im Fünfjahresvergleich feststellbare Steigerungen gibt es im Blick auf das soziale Engagement der Einwanderer, das aktuell 76 Prozent gegenüber 72 Prozent 2012 erwarten, im Blick auf die Vermittlung der eigenen Kultur an Einheimische (aktuell 74 Prozent gegenüber 69 Prozent 2012) und im Blick auf bessere Schulabschlüsse (aktuell 66 Prozent gegenüber 65 Prozent 2012). Aus diesen hohen Werten ergibt sich ein klares Bild: Wer in Deutschland willkommen sein will, sollte

sich in rechtlicher, gesellschaftlicher wie auch wirtschaftlicher Hinsicht umfassend in die Mehrheitsgesellschaft eingliedern und einbringen – und zudem seinen Mitmenschen den eigenen kulturellen Hintergrund näherbringen. Einen Rückgang gibt es bei der Erwartung an Einwanderer, sich einbürgern zu lassen: vor fünf Jahren war noch jeder zweite Befragte der Ansicht, dass sei für Einwanderer wichtig, um willkommen zu sein – mittlerweile ist nur noch rund jeder dritte Befragte dieser Ansicht.

Bei den meisten Erwartungen sind keine wesentlichen Ost-West-Unterschiede festzustellen. Allerdings werden in den neuen Bundesländern die Erwartungen bezüglich Einbürgerung oder einem Aufenthalt von drei Generationen häufiger erhoben als im Westen.

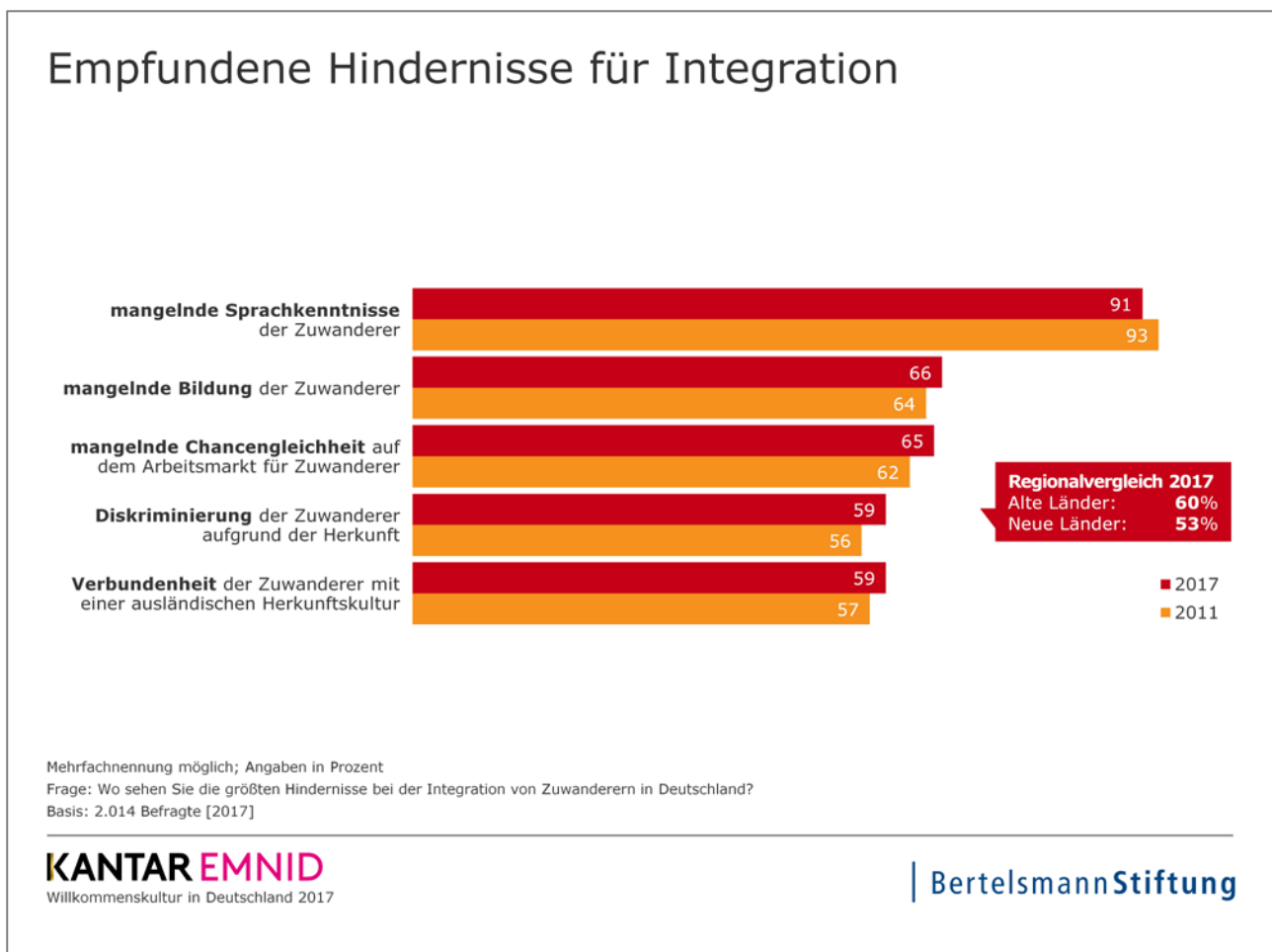
Es zeigen sich außerdem die bereits bekannten Bildungs- und Altersdifferenzen. Mit sinkendem Bildungsgrad steigen die Erwartungen an Einwanderer. Jüngere Befragte fordern in der Tendenz weniger Integrationsleistungen als Ältere (vgl. Tabelle 3). Hierbei fällt aber auf, dass die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen der Forderung zur kulturellen Anpassung von Zuwanderern ähnlich hoch zustimmt wie die Gruppe der Ältesten (60 und mehr Jahre), aber der Bedeutung einer Einbürgerung eher einen geringen Wert beimisst.

Tabelle 3: Meinung zu Eigeninitiative von Zuwanderern nach Altersgruppen

Eigeninitiative von Zuwanderern nach Altersgruppen (in %, Mehrfachnennungen möglich)	14 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	60 Jahre und mehr
Die deutsche Sprache lernen	97	100	99
Das deutsche Grundgesetz anerkennen	96	100	97
Sich um ein gutes Zusammenleben mit den Deutschen bemühen	99	99	96
Mehr Kontakte zu Deutschen haben	74	88	90
Arbeit haben	81	86	91
Sich der deutschen Kultur anpassen	70	88	89
Sich sozial engagieren	71	74	85
Den Deutschen etwas von ihrer Kultur vermitteln	68	66	80
Bessere Schulabschlüsse schaffen	51	53	81
Die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen	35	27	54
Mehr als drei Generationen in Deutschland leben	15	22	32

6.2 Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht: systemische Hindernisse für Integration

Wie bereits 2011 wurde in der vorliegenden Untersuchung nach den größten Integrationshemmnissen gefragt – fünf potenzielle Hindernisse standen dabei zur Auswahl, drei auf Seiten der Einwanderer (mangelnde Sprachkenntnisse, mangelnde Bildung, Verbundenheit mit der Herkunftskultur), von denen zwei auch in den Handlungsbereich der Mehrheitsgesellschaft weisen (Sprachförderung und Bildungsangebote), und zwei Hindernisse, die eindeutig auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft zu verorten sind (mangelnde Chancengleichheit und Diskriminierung). Damit sollte überprüft werden, ob die Befragten neben den Einwanderern auch die Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht sehen für die bessere Teilhabe von Einwanderern zu sorgen.



Befragte in Ost und West antworten ähnlich. Ein Unterschied zeigt sich allerdings bei der Wahrnehmung von Diskriminierung, die im Westen mit 60 Prozent ausgeprägter ist als im Osten mit 53 Prozent. Im regionalen Vergleich fällt außerdem Berlin auf: Hier sehen besonders viele Befragte Integrationshindernisse in Bildungsdefiziten und Diskriminierung, während die Verbundenheit mit der Herkunftskultur weniger problematisch gesehen wird.

Bildung macht ebenfalls einen Unterschied: Ein höherer Bildungsgrad ist mit einer stärkeren Akzentuierung gesellschaftlicher Integrationshemmnisse verbunden (bis zu 10 Prozentpunkte Differenz je

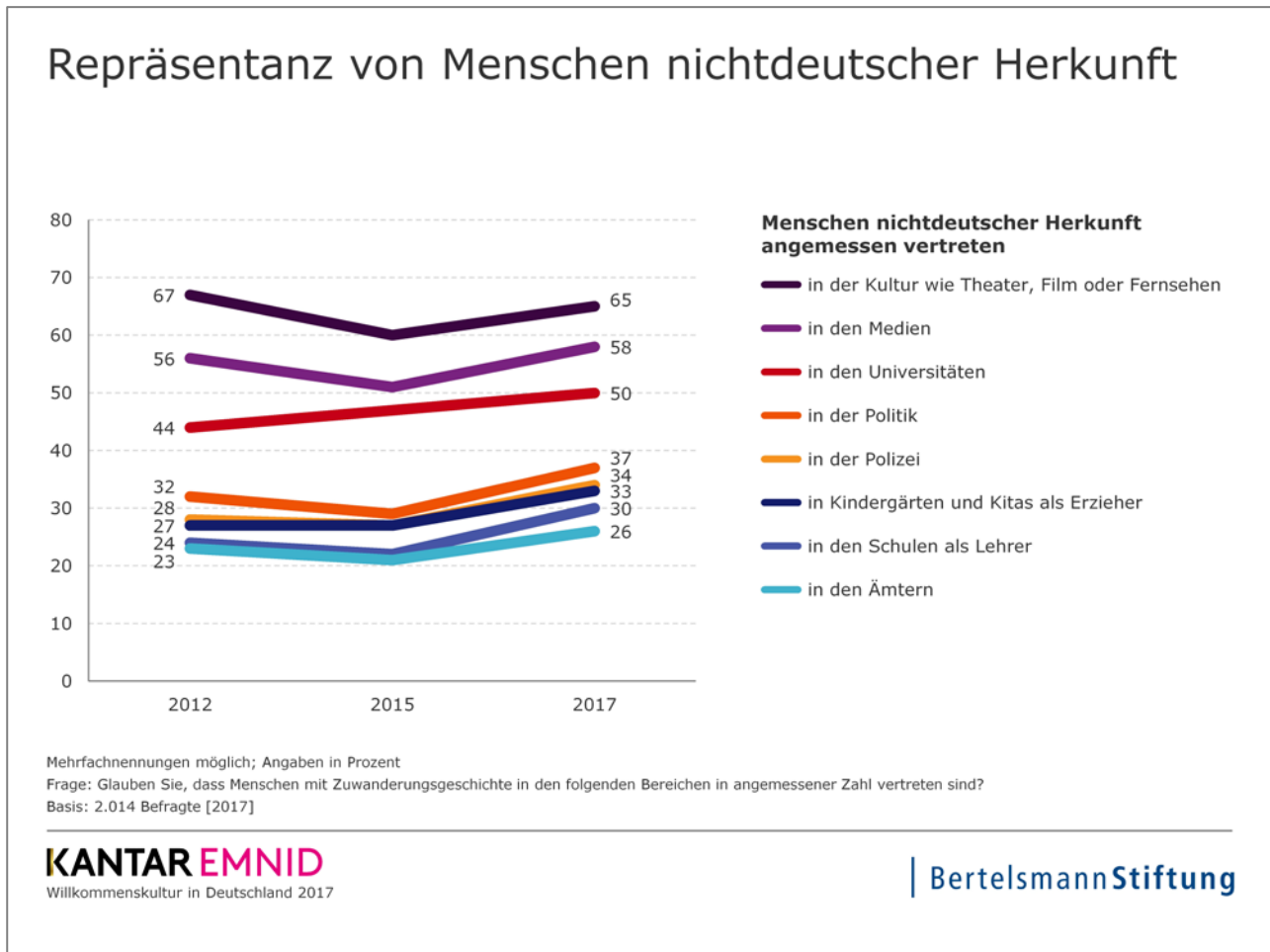
nach Schulabschluss). Bemerkenswert ist auch ein Gendereffekt: Frauen sehen eher gesellschaftliche Benachteiligungen als Männer. So betragen die Differenzen im Blick auf die Chancengleichheit 9 Prozentpunkte und im Blick auf die Diskriminierung sogar 14 Prozentpunkte.

Die stärksten Unterschiede haben mit dem Alter zu tun. Jüngere sehen stärker soziale Benachteiligungen, während Ältere die Hindernisse für Integration eher bei den Einwanderern selbst verorten (vgl. Tabelle 4). So sieht nur jeder zweite Befragte zwischen 14 und 29 Jahren die mangelnde Bildung der Zuwanderer als Integrationshindernis, während bei den Älteren (60 Jahre und älter) drei von vier Befragten dieser Ansicht sind. Umgekehrt sehen bei den Älteren (60 Jahre und älter) nur 47 Prozent Diskriminierung als Hindernis für Integration, während es bei den Jüngeren (29 Jahre und jünger) 70 Prozent sind.

Tabelle 4: Integrationshindernisse nach Altersgruppen

Integrationshindernisse nach Altersgruppen (in %, Mehrfachnennungen möglich)	14 bis 29 Jahre	60 Jahre und mehr	Insgesamt
Mangelnde Sprachkenntnisse der Zuwanderer	86	92	91
Mangelnde Bildung der Zuwanderer	53	75	66
Mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für Zuwanderer	62	69	65
Diskriminierung der Zuwanderer aufgrund der Herkunft	70	47	59
Die Verbundenheit der Zuwanderer mit einer ausländischen Herkunftskultur	50	60	59

Ein zweiter Fragebereich, der die Rolle der Mehrheitsgesellschaft für die Integration in den Blick nimmt, thematisiert die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern wie Politik und Verwaltung, Bildungseinrichtungen und Polizei sowie Kultur und Medien. Konkret gefragt wird danach, ob Migranten in diesen Feldern angemessen vertreten sind. Auch hier sind Tendaussagen möglich, weil dieser Fragebereich bereits in den Umfragen zur Willkommenskultur in 2012 und 2015 enthalten war.



Es zeigt sich im Zeitverlauf, dass in allen gesellschaftlichen Feldern – bis auf den Bereich Kultur und Medien, wo die Werte schon 2012 relativ hoch waren – heute mehr Befragte als noch vor fünf Jahren der Ansicht sind, Menschen mit ausländischen Wurzeln seien dort angemessen vertreten. Allerdings sind das nur in den Feldern Kultur, Medien und Universitäten mehr als die Hälfte der Befragten. Weniger als 40 Prozent der Befragten sieht aktuell trotz gestiegener Werte Migranten angemessen vertreten in der Politik (aktuell 37 Prozent gegenüber 32 Prozent 2012), bei der Polizei (aktuell 34 Prozent gegenüber 28 Prozent 2012) oder in den Kindergärten als Erzieher (aktuell 33 Prozent gegenüber 27 Prozent 2012). Sogar nur 30 Prozent und weniger der Befragten sieht eine angemessene Präsenz von Menschen mit ausländischen Wurzeln in den Schulen als Lehrer (aktuell 30 Prozent gegenüber 24 Prozent 2012) und in der Verwaltung (aktuell 26 Prozent gegenüber 23 Prozent 2012). Man kann die gestiegenen Werte als Indizien für „Integrationserfolge“ sehen, kann aber Werte unter 40 Prozent auch als Hinweise auf Teilhabedefizite von Einwanderern und ihren Nachkommen in der Gesellschaft interpretieren.

Unterschiede bei den Befragten ergeben sich im Blick auf die Region. Befragte aus dem Osten sehen Migranten stärker in Kultur, Politik und Universitäten angemessen vertreten, während Befragte aus dem Westen dies eher für Polizei, Schule und Verwaltung wahrnehmen. Die Beispiele Kinderbetreuung und Schule lassen die regionalen Unterschiede besonders deutlich zutage treten. Hier geht rund jeder Dritte im Westen von einem angemessenen Zuwandereranteil bei den dort Beschäftigten aus; im Osten sind es maximal 21 Prozent (14 Prozentpunkte Differenz). Befragte in Thüringen und Sachsen berichten dabei am ehesten von einem Missverhältnis. Hier erachten maximal 19 Prozent die Zahl der Menschen mit nichtdeutschen Wurzeln in Schulen oder Kindergärten und Kitas für

angemessen. In Bezug auf die angemessene Repräsentation von Einwanderern in der öffentlichen Verwaltung sind es in Thüringen und Sachsen lediglich 15 Prozent – der mit Abstand geringste Wert aller Bundesländer. Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und NRW sind es jeweils rund doppelt so viele.

Bildung und Einkommen spielen auch eine Rolle. Bildungsdifferenzen lassen sich insbesondere im Hinblick auf Einrichtungen des öffentlichen Dienstes erkennen. Hier berichten Befragte mit höherer formaler Schulbildung nur vergleichsweise selten von einem angemessenen Verhältnis zwischen Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Jedoch liegen die Nennungsanteile nirgends mehr als 12 Prozentpunkte auseinander. Mit sinkendem Einkommen steigt die Wahrnehmung angemessener Repräsentanz von Migranten.

Im Altersvergleich fallen die Ergebnisse nicht immer eindeutig aus. In der Tendenz sind es jedoch die mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 59 Jahren, die sich am kritischsten zur angemessenen Vertretung von Zugewanderten äußern.

Abschließend ist festzustellen, dass die Befragten mehrheitlich beide Seiten der Integration wahrnehmen: Die Leistungen, die Einwanderer zu erbringen haben, um willkommen zu sein und Hindernisse für die Integration zu überwinden, aber auch die Leistungen von Staat und Gesellschaft, um Integrationsbarrieren wie mangelnde Chancengleichheit und Diskriminierung abzubauen und für eine angemessene Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Politik, Verwaltung und Bildungseinrichtungen zu sorgen. Insofern zeigt sich im Antwortverhalten der Mehrheit der Befragten eine „reife“ Einwanderungsgesellschaft mit einem dynamischen, gegenseitigen Integrationsverständnis.

7 Ausblick: Was zu tun ist, damit Deutschland eine offene Gesellschaft bleibt

Die Befragung zeigt, dass Deutschland sich als eine selbstbewusste Einwanderungsgesellschaft mit einer ausgeprägten Willkommenskultur präsentiert. Allerdings gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Rekordzuwanderung der letzten Jahre einerseits die Wahrnehmung von Belastungsgrenzen und andererseits die generelle Skepsis gegenüber Migration verstärkt hat. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich die bisherige Willkommenskultur auch in den nächsten Jahren noch als robust erweist, zumal ausländerkritische Einstellungen mittlerweile stärker politisch organisiert sind als noch in den vergangenen Jahrzehnten. Die Warnsignale sind ernst zu nehmen: Jetzt sind die Weichen zu stellen, damit Deutschland auch in Zukunft eine offene Gesellschaft für Einwanderung und Vielfalt bleibt. Dazu sollten die Bereitschaft und Fähigkeit zu Aufnahme von Einwanderern und Geflüchteten in den Kommunen weiter gestärkt, die Integrationsbemühungen im Blick auf diese beiden Gruppen ausgebaut, Konkurrenzsituationen zwischen der sozial benachteiligten einheimischen Bevölkerung und den Neuankömmlingen konstruktiv bearbeitet, die Migration besser gesteuert und europäische Lösungen für die Herausforderungen der Fluchtkrise vorangetrieben werden.

Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit in den Kommunen weiter stärken

Die Verantwortlichen in den Kommunen brauchen weiter Unterstützung von Bund und Ländern, um in der Lage zu sein, Einwanderer und Geflüchtete aufzunehmen. So kann die Bereitschaft zur weiteren Aufnahme und die in der Wahrnehmung der Bevölkerung bereits ausgeprägte Willkommenskultur bewahrt werden. In der Bevölkerung ist durch eine nüchterne und ausgewogene Berichterstattung über die Lage in den Fluchtländern das Verständnis für die Situation der Geflüchteten zu stärken. Wichtig ist auch die Verbreitung von Informationen über die demographische Entwicklung Deutschlands und die empirischen Effekte von Zuwanderung, damit die Öffentlichkeit die Chancen und Risiken von Migration angemessen beurteilen kann.

Integrationsbemühungen ausbauen

Erfolgreiche Integration, die Einwanderern und Schutzbedürftigen Teilhabechancen in der deutschen Gesellschaft eröffnet, ist das Ziel einer robusten Willkommenskultur. Neuankömmlingen, denen die Werte und Haltungen, die sich aus dem Grundgesetz ergeben, nicht vertraut sind, sind diese in ihrer Bedeutung für das Zusammenleben in Deutschland zu vermitteln. Die Sprache ist ein Schlüssel für Verständigung und Teilhabe, weshalb von Einwanderern einzufordern ist, dass sie Deutsch lernen, umgekehrt aber auch dafür Sorge zu tragen ist, dass ausreichend Angebote für Deutschkurse vorhanden sind. Denn in der Regel ist die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, bei Neuankömmlingen sehr ausgeprägt, teilweise sind aber zu wenig Möglichkeiten dafür gegeben. Weitere Schlüssel für Integration sind Zugänge zu Bildung und Arbeit. Hier stehen massive Investitionen in Schulen, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen an, um insbesondere Geflüchteten angemessene Bildungsangebote zu machen und ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Nicht zuletzt gehören zur gesellschaftlichen Integration die Möglichkeiten der sozialen Begegnung zwischen Einwanderern und Einheimischen und konsequenter Schutz der Neuankömmlinge vor Diskriminierung und Ausgrenzung.

Konkurrenzsituationen konstruktiv bearbeiten

Sozial benachteiligte Personen in der Aufnahmegesellschaft gehören aus nachvollziehbaren Gründen zu den Skeptikern von Einwanderung. Denn viele befürchten und erleben die Konkurrenz der Neuankömmlinge um niedrig qualifizierte Arbeitsplätze und bezahlbaren Wohnraum. Zu einer offenen Gesellschaft gehören deshalb untrennbar die Solidarität mit den sozial Benachteiligten in der Bevölkerung und der Kampf gegen soziale Ausgrenzung aller in Deutschland ansässigen Personen. Mögliche „Neideffekte“ bei der einheimischen Bevölkerung angesichts umfangreicher staatlicher Ausgaben für Geflüchtete sind dadurch abzumindern, dass auf deren Investitionscharakter hingewiesen wird. Investitionen für die Teilhabe benachteiligter Personen zahlen sich für die gesamte Gesellschaft aus.

Migration besser steuern

Skepsis gegenüber Einwanderung entsteht auch durch den öffentlichen Eindruck, dass sie ungesteuert erfolgt und nicht gestaltet wird. Auch wenn die Binnenmobilität innerhalb der EU und humanitäre Verpflichtungen aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention Steuerungsmöglichkeiten einschränken, so sind die Gestaltungsräume groß. Wege für Fachkräftemigration sind zu vereinfachen. Die Asylverfahren können in fairer Weise durch handlungsfähige Verwaltungen beschleunigt

werden, um Asylsuchenden zügig Perspektiven für Integration oder Rückkehr aufzuzeigen und die Kommunen bei der Aufnahme zu entlasten.

Europäische Lösungen für die Fluchtkrise vorantreiben

Ein Land allein kommt an seine Grenzen, wenn es sich mit den Auswirkungen der Fluchtkrise konfrontiert sieht. Die EU-Mitgliedstaaten lassen bisher die Solidarität untereinander vermissen, die für konstruktive Lösungen benötigt wird. Der Schlüssel für ein wertorientiertes Europa, das für Schutzbedürftige offen bleibt, liegt in der Zusammenarbeit der EU-Staaten. Diese ist dringend voranzutreiben, nicht durch Sanktionen, sondern durch Anreize für Kooperation und eine Koalitionen der Willigen.

Hintergrund:

Studiendesign der Umfrage „Willkommenskultur im Stresstest“ des Instituts Kantar Emnid, Bielefeld

Grundlage der Studie zur Willkommenskultur ist eine repräsentative Befragung der Bevölkerung (ab 14 Jahren), die Kantar Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Januar 2017 bundesweit durchgeführt hat.

Nach 2012 und 2015 handelt es sich um die nunmehr dritte Welle der Befragung. Stellenweise wird zudem auf eine thematisch verwandte Vorläuferstudie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2011 Bezug genommen.

Für die Datenerhebung und Auswertung war Kantar Emnid verantwortlich.



Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z.B. sogenannte „Top-Two-Werte“ wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

Wo methodisch angebracht, werden Befragungsergebnisse aus früheren Erhebungen im Entwicklungs- oder Trendvergleich dargestellt.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Ulrich Kober
Director
Programm Integration und Bildung
Telefon +49 5241 81-81598
Fax +49 5241 81-681598
ulrich.kober@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de